

**OBS**-Arbeitsheft 92



**Bernd Gäbler**

# **AfD und Medien**

**Analyse und Handreichungen**

**Ein Diskussionsbeitrag der Otto Brenner Stiftung  
Frankfurt am Main 2017**

OBS-Arbeitsheft 92  
ISSN-Print: 1863-6934  
ISSN-Online: 2365-2314

Herausgeber:

Otto Brenner Stiftung

Jupp Legrand

Wilhelm-Leuschner-Straße 79

D-60329 Frankfurt am Main

Tel.: 069-6693-2810

Fax: 069-6693-2786

E-Mail: [info@otto-brenner-stiftung.de](mailto:info@otto-brenner-stiftung.de)

[www.otto-brenner-stiftung.de](http://www.otto-brenner-stiftung.de)

Autor:

Prof. Bernd Gäbler

[b.gaebler@t-online.de](mailto:b.gaebler@t-online.de)

Projektmanagement:

Jupp Legrand (OBS)

Redaktion:

Benedikt Linden (OBS)

Lektorat:

Elke Habicht, M.A.

[www.textfeile.de](http://www.textfeile.de)

Hofheim am Taunus

Satz und Gestaltung:

[complot-mainz.de](http://complot-mainz.de)

Titelbild:

© Hendrick Schmidt/dpa

Druck:

[www.druckundso ... GmbH](http://www.druckundso...GmbH), Mainz-Kastel

Redaktionsschluss:

26. Juni 2017

Hinweis zu den Nutzungsbedingungen:

Dieses Arbeitsheft darf nur für nichtkommerzielle Zwecke im Bereich der wissenschaftlichen Forschung und Beratung und ausschließlich in der von der Otto Brenner Stiftung veröffentlichten Fassung – vollständig und unverändert – von Dritten weitergegeben sowie öffentlich zugänglich gemacht werden.

In den Arbeitsheften werden die Ergebnisse der Forschungsförderung der Otto Brenner Stiftung dokumentiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Für die Inhalte sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich.

Bestellungen:

Über die Internetseite der Otto Brenner Stiftung können weitere Exemplare dieses OBS-Arbeitsheftes kostenlos bezogen werden – solange der Vorrat reicht. Dort besteht auch die Möglichkeit, das vorliegende und weitere OBS-Arbeitshefte als pdf-Datei kostenlos herunterzuladen.

In diesem Arbeitsheft finden sich Links zu Webseiten im Internet. Die OBS erklärt ausdrücklich, dass sie keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und die Inhalte dieser Seiten hat, und macht sich deren Inhalte nicht zu eigen. Sie kann weder für das Funktionieren der Seiten garantieren noch eine Haftung für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der dort angebotenen Informationen übernehmen.

## Vorwort

Am 19. Juni 2017 ist das Protokoll eines WhatsApp-Chats der „Alternative für Deutschland“ (AfD) in Sachsen-Anhalt geleakt und öffentlich gemacht worden. Die Inhalte dieses Chats sind auch deswegen besonders interessant, weil sich die Mitglieder und Anhänger der AfD, die sich hier intern austauschten, „unbeobachtet“ wähnten. Sie schreiben also unverstellt und kommunizieren ohne Rücksicht auf ihr Ansehen in der Öffentlichkeit. Sichtbar wird so das Psychogramm einer Partei, die sich einerseits als wahre Stimme und Retterin aller Deutschen fühlt und sich andererseits gerne als verfolgtes Opfer des politischen Systems inszeniert – als Opfer der „Altparteien“ ebenso wie der Presse, der permanent unterstellt wird, gelenkt oder gekauft zu sein. Wenn Mitglieder, Wähler und Funktionäre der Partei pauschal und undifferenziert von „Lügen-“, „Lücken-“ oder „Pinocchio-Presse“ sprechen, unterstreicht das, dass sich die AfD als ein fundamentaler Gegner „der Medien“ schlechthin empfindet. „Mit der Machtübernahme“, so formuliert es ein Chat-Teilnehmer, „muss ein Gremium alle Journalisten überprüfen und sieben, Chefs sofort entlassen, volksfeindliche Medien verbieten“.

Der AfD-Fundamentalismus, der als ein grundsätzlicher Angriff auf die Pressefreiheit und als eine massive Attacke auf das Mediensystem verstanden werden kann, ist in dieser Form und Tonalität in der bundesrepublikanischen Parteiengeschichte ein neues Phänomen. Seitdem die AfD bei der Bundestagswahl 2013 mit 4,7 Prozent der Stimmen knapp gescheitert ist, schaffte sie in allen folgenden Landtagswahlen den Sprung in die Landesparlamente – teilweise sogar mit zweistelligen Ergebnissen. In Mecklenburg-Vorpommern überflügelte sie als zweitstärkste Kraft sogar die mitregierende CDU, in Baden-Württemberg ließ sie die SPD hinter sich. Die AfD scheint sich als eine parteipolitische Kraft zu positionieren, die das bundesdeutsche politische System so schnell verändern kann wie keine Partei vor ihr.

Jede Bewegung entwickelt auch ihre eigenen Medien. Schon Jakob Siebenpfeiffer, einer der Initiatoren des „Hambacher Fests“ im Jahre 1832, hatte eine illegale Druckerei betrieben. Piratensender berichteten aus der Anti-Atom-Bewegung. Die Gründung der Tageszeitung (taz) ist ein Resultat politischer Protestbewegungen. Die AfD nun bedient sich wie keine Partei zuvor der sozialen Medien. Durch heftige Interaktion und ständige Selbstvergewisserung erscheint sie darin wie ein Riese. Die Fülle der Twitter-Tweets, Facebook-Posts und WhatsApp-Chats ersetzt ihr zugleich (noch) fehlende „Vorfeld-Organisationen“, über die andere Parteien verfügen und damit gesellschaftliche Zustimmung anstreben und politische Unterstützung organisieren.

Auch andere Bewegungen haben aus ihrem jeweiligen Blickwinkel die Presse kritisiert. Ohne die „Enteignet-Springer-Kampagne“ ist die 68er-Bewegung nicht vor-

stellbar. Das traf zugleich auf offene oder heimliche Sympathien bei den Konkurrenten des Springer-Konzerns. Und die Gründung und Entwicklung der Grünen stieß speziell in einigen Redaktionen der öffentlich-rechtlichen Sender auf große Sympathie.

Die AfD aber sieht nicht nur im öffentlich-rechtlichen Rundfunk einen prinzipiellen Gegner, sondern urteilt ganz generell über alle Medien: Entweder berichten sie im Sinne der AfD oder sie lügen. Doch mit der fundamentalen Ablehnung der Medien geht zugleich ein geradezu verzweifelt Buhlen und Werben um deren Gunst einher. Das historisch Neue und Einzigartige scheint darin zu liegen, dass bisher keine Partei mit bundesweiter Relevanz und breiter Präsenz in den Landtagen einerseits das Leistungsprofil privater Medien und des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems so massiv und so grundsätzlich in Frage gestellt hat, wie die AfD dies tut. Andererseits versucht die Partei zugleich, diese Medienangebote für ihre Zwecke und Anliegen auszunutzen und gelegentlich auch zu instrumentalisieren.

Diesem „Double-Bind“-Verhältnis von „AfD und Medien“ geht unser Autor Bernd Gäbler im vorliegenden Diskussionspapier nach. Der erste Teil dient vor allem dazu, skizzenhaft die noch kurze Geschichte der AfD „auf den Begriff zu bringen“. Daran schließen sich „Handreichungen“ an. Dieses zweite Kapitel enthält ebenfalls grundsätzlichere Überlegungen zur AfD, zu deren Medienstrategie und zur journalistischen Ethik.

Dass das Thema „AfD und Medien“ in der Öffentlichkeit wiederholt strittig debattiert worden ist, unterstreicht die Notwendigkeit, im Wahlkampf vor der Bundestagswahl 2017 für Klärung zu sorgen. Entscheidend ist aus Sicht der Stiftung, dass die medialen Herausforderungen, die mit der AfD verbunden sind, keinesfalls einen spezifischen „AfD-Journalismus“ erforderlich machen. An zahlreichen Beispielen gelingt es unserem Autor Bernd Gäbler eindrucksvoll zu zeigen, wessen es in der tagtäglichen Auseinandersetzung mit der Partei bedarf: solider Ausbildung, handwerklicher Fertigkeiten, journalistischer Kompetenz und intensiver Beschäftigung mit Personen und Programm.

Mit unserem Diskussionsbeitrag wollen wir eine Debatte anregen – sowohl in den Redaktionen wie in der Öffentlichkeit. Die Stiftung hofft zudem, dass sie mit den Handreichungen von Bernd Gäbler helfen kann, in einem schwierigen Umfeld etwas Orientierung zu geben.

  
Jupp Legrand

Geschäftsführer der OBS

Frankfurt am Main, im Juni 2017

# Inhalt

<b>Einleitung</b> .....	<b>4</b>
<b>1 AfD und Medien – eine Analyse</b> .....	<b>5</b>
1.1 Double Bind .....	5
1.2 AfD – Entstehung und Entwicklung.....	5
1.3 Rechtspopulismus.....	8
1.4 Wie entstehen neue Parteien?.....	9
1.5 Das Mediensystem im Umbruch .....	11
1.6 Partei der Journalisten .....	13
1.7 AfD und Medien – strukturelle Gemeinsamkeiten .....	17
<b>2 Handreichungen</b> .....	<b>20</b>
2.1 Das Stöckchen-Spiel .....	20
2.2 Die Psychofalle .....	25
2.3 Die Ausgrenzungsfalle.....	27
2.4 Die Oppositionsfalle .....	32
2.5 Volk, Nation, Identität – sich den Begriffen der Rechtspopulisten widmen .....	34
2.6 Die Framingfalle .....	38
2.7 Demos und Populus – gar nicht so einfach .....	40
2.8 Sensible Sprache .....	44
<b>3 Schlussfolgerungen</b> .....	<b>47</b>
<b>Anhang</b>	
Literaturverzeichnis.....	50
Hinweise zum Autor .....	55

## Einleitung

Dieses Diskussionspapier der Otto Brenner Stiftung konzentriert sich darauf, das Verhältnis der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) zu den Medien und den Umgang der Medien mit dieser Partei zu analysieren. Das setzt eine Analyse des Charakters dieser neuen, aufstrebenden Partei voraus, eine Analyse ihrer Wirkung und der Ursachen für ihr Entstehen und ihre Entwicklung.

Diese Arbeit kann dafür auf eine Fülle von Literatur und politikwissenschaftlichen Studien (Decker 2006; Mudde 2004; Müller 2016; Priester 2007; Wildt 2017; Weiß 2017), auf ausführliche journalistische Beobachtungen (Amann 2017; Bender 2017) und eine Vielzahl einzelner journalistischer Artikel zurückgreifen. Im ersten Kapitel der Arbeit wird ausgeführt, welche der existierenden Beobachtungen und Analysen besonders überzeugend sind. Auch wird dargelegt, welches begriffliche Rüstzeug und welches Kontextwissen vorhanden sein sollte, sobald man sich der Thematik AfD (journalistisch) nähern möchte.

Weiterhin gehört zur Analyse des Verhältnisses von AfD und Medien auch, den pauschalen Begriff „die Medien“ ausdifferenzieren. Das bundesdeutsche Mediensystem unterliegt in der jüngsten Zeit großen Veränderungen:

Einerseits besteht es aus redaktionell geführten Print- und elektronischen Medien unterschiedlichen Bedeutungsgehalts. Andererseits stehen diese klassischen Medien unter dem Druck der auf ungefilterte Interaktion ausgelegten sozialen Medien. Darüber hinaus ist es Teil der vorliegenden Analyse, nicht bei Zufälligem oder Einzelheiten stehen zu bleiben, sondern das Mediensystem und die Partei AfD auf mögliche strukturelle Entsprechungen hin zu befragen.

Das zweite Kapitel besteht aus „Handreichungen“, die sich über mehrere Abschnitte erstrecken und das Kernstück dieses Diskussionspapiers bilden. Sie sind eine Anwendung der Analysen auf jeweils konkrete Fälle und zielen auf praktische Fragen des Journalismus. Es sind Überlegungen, Argumente und Positionen, über die ein Austausch angeregt werden soll. Was sie gewiss nicht sind und nicht sein können, ist eine „Gebrauchsanweisung“ für guten Journalismus. Dafür werden zu viele Widersprüche und Dilemmata benannt, die alle Journalisten täglich spüren, die berichtend und kommentierend mit der AfD befasst sind. Wichtig ist allerdings, dass sich die Akteure dieser Widersprüche bewusst sind.

## 1 AfD und Medien – eine Analyse

### 1.1 Double Bind

Zu den klassischen Medien unterhält die AfD ein „Double-Bind“-Verhältnis (Zorn 2017: 65): Sie hasst sie und hat doch den unbedingten Drang, darin vorzukommen. Zumindest als „Mainstream-Medien“ und „Systempresse“ werden redaktionell geführte Medien grundsätzlich attackiert und als „Lückenpresse“ bezeichnet, wenn das historisch vorbelastete Wort „Lügenpresse“ kokett umgangen werden soll. Zugleich vermerken die Parteigranden akribisch, wer wann wie oft vorkommt, in Talkshows eingeladen, porträtiert oder zitiert wird, und dies angeblich meist falsch und entstellt, unautorisiert oder verzerrt. Auch wird registriert und kundgetan, welcher Journalist „neutral berichtet“ habe und wer besser zu meiden, ja zu schneiden oder zu gebrauchen sei. So beschließt die AfD recht willkürlich, wen sie zu ihren Parteitagen und öffentlichen Veranstaltungen als Berichterstatter zulässt oder ausschließt, während die Parteisprecherin Frauke Petry unbedingt Zugehörigkeit demonstrieren will. Sie drängt geradezu auf den Bundespresseball und lässt sich im „People-Magazin“ BUNTE mit ihrem einflussreichen Parteifreund und neuen Ehemann Marcus Pretzell nicht nur ablichten, sondern von diesem auch noch boulevardgerecht als „dämonenhaft schön“ charakterisieren (o.V., meedia.de, 19.06.2017).

Die AfD und die Medien wirken aufeinander wie zwei Magnete. Es kommt zu Abstoßungsreaktionen, obwohl man sich eigentlich anzieht, es womöglich sogar eine gemeinsame Substanz gibt.

Die AfD ist reizvoll für Medien aller Art, weil sie neu ist, weil sie anders ist, weil sie schrill ist und an tatsächlichen oder vermeintlichen Tabus rüttelt. Außerdem hat die AfD in einem Tempo wie keine andere der neu gebildeten Parteien zuvor das deutsche Parteiengefüge verschoben (von Lucke, Blätter für deutsche und internationale Politik, März 2016).

„Es ist eine große Ironie der Geschichte“, schreibt der Journalist Justus Bender, „dass ausgerechnet die Medien, denen aus der AfD stets der Vorwurf gemacht wurde, ihr zu schaden, vielleicht größeren Anteil an ihrem Erfolg hatten als alle Programmarbeit der Parteimitglieder“ (Bender 2017: 14).

Es ist also an der Zeit, speziell das Verhältnis der AfD zu den Medien zu untersuchen.

### 1.2 AfD – Entstehung und Entwicklung

Ursprünglich ging die AfD aus der ersten großen europäischen Krise hervor: jener Phase, als die Sicherung der europäischen Währungsunion durch „Rettungspakete“ und „Rettungsschirme“ von der Bundesregierung als „alternativlos“ dargestellt wurde. Angeführt von elitären, nationalliberalen Ökonomen, die den Euro als kostspielige Kunstwährung wahrnahmen, und erschütterten Konservativen, die den Nationalstaat als letztlich entscheidende politische Größe in Gefahr sahen, konstituierte sich eine Partei, die sich bald als mobilisierend für allerlei Interessierte erwies, die sich in der politischen Landschaft nicht mehr oder unge-

*Ein rasanter Aufstieg*



nügend repräsentiert sahen. Melanie Amann zeigt, dass die mentalen Voraussetzungen für diese Parteibildung längst vorher entstanden waren und spätestens durch den Bestsellererfolg von Thilo Sarrazins „Deutschland schafft sich ab“ offenkundig wurden (Amann 2017: 25 ff.). Die Journalistin, die für den „Spiegel“ die AfD kontinuierlich beobachtet, sieht Angst und Enttäuschung als deren konstitutive Wurzeln. In einem „negativen Gemeinschaftsgefühl“ (ebd.: 56) hätten sich alle vereint, die aus unterschiedlichen Motiven zu dem Schluss gekommen seien, „dass das politische System an sich nicht mehr funktioniert“ (ebd.). „Bis heute arbeiten in der AfD nicht Gleichgesinnte für ein gemeinsames Ziel zusammen“, beobachtet die AfD-Kennerin, „sondern raufen sich natürliche Gegner zu Zweckbündnissen zusammen“ (ebd.: 57). Wer da zusammenkommt, das rekonstruiert ebenfalls sehr detailliert und kompetent Justus Bender, der für die FAZ von Beginn an über die AfD schrieb. Er schildert die große Heterogenität der Gründergeneration der Partei, die anfangs „ein diffuses Etwas“ (Bender 2017: 55) mit großer Fluktuation der Mitglieder gewesen sei, und nennt sie „die erste wirkliche Internetpartei der deutschen Geschichte“ (ebd.: 63). So erst sei die Vernetzung zwischen Menschen, die sich leidenschaftlich für den Leitzins der EZB interessierten, mit Hobbypolitikern, die gegen jedwede Bevormundung opponierten, sowie rechtsradikalen Unterwandererstrategen oder kruden Verschwörungstheoretikern möglich gewesen. Einleuchtend erzählt Bender dann eine Evolutionsgeschichte dieses Gebildes, in der nach

den eigenen Prämissen – beispielsweise derjenigen, dass man endlich einmal aussprechen dürfen solle, was bisher vom „Mainstream“ unterdrückt worden sei – logischerweise stets die Schritten und Radikalen obsiegten, während die Vertreter von Maß und Mitte dem Untergang geweiht seien.

In dieser Evolution, die nichts anderes ist als ein Radikalisierungsprozess, ist der Essener Parteitag vom 4. und 5. Juli 2015 „für die AfD ein Wendepunkt“ (Amann 2017: 152 ff.). Er bringt nicht nur neues Führungspersonal an die Spitze der Partei, sondern verändert auch den thematischen Fokus. Nicht mehr die Befreiung der eigenen Nation von den als bevormundend empfundenen supranationalen europäischen Institutionen eint die Partei, sondern die Verknüpfung der Furcht vor der Islamisierung des Abendlandes mit der globalen Migrationsbewegung und der europäischen Flüchtlingskrise. Zum Feindbild wird der Muslim. Vor Überfremdung, ja Kolonialisierung durch korrupte Eliten soll nun das Volk gerettet werden. Die karrieristischen Opportunisten der Mitte, so schildert es Melanie Amann (2017), verbünden sich mit den rechten und völkischen Positionen, die vor allem in den ostdeutschen Landesverbänden der AfD eine Heimat gefunden haben – und gemeinsam jagen beide den bisherigen Parteisprecher, den Hamburger Ökonomen Bernd Lucke, dessen Führungsstil als diktatorisch gebrandmarkt wird, in die Wüste.

Das hat den Charakter der Partei verändert. Aus dem Diffusen erwuchs eine klare Kontur. Während Frauke Petry, die mit dem Essener Parteitag zur Zentralfigur der AfD wurde, vom



Rednerpult aus siegesgewiss verkündete, sie könne „keinen Rechtsruck dieser Partei erkennen, also sollte man ihn auch nicht herbeireden“, erklärt ihr Weggefährte Marcus Pretzell in seinem Grußwort die AfD bereits zur „Pegida-Partei“ (Amann 2017: 163). Als Bernd Lucke – bereits auf verlorenem Posten – später noch einmal Toleranz gegenüber Muslimen anmahnte, von denen doch viele deutsche Staatsbürger seien, gellte ihm stakkatohaft nur noch ein „Abschieben! Abschieben!“ entgegen. „Zurück bleibt“, so Melanie Amann, „noch immer die alte AfD, aber schlanker, entschlossener, den Scheitel straffer gezogen“ (ebd.: 165). Interessanterweise ist es aber gerade diese inhaltliche Klärung im Sinne einer „völkischen Bewegung“ (Zastrow, FAS, 29.11.2015) mit Stoßrichtung gegen politische Mitte und bürgerlichen Anstand, die der AfD weitere wahlpolitische Höhenflüge beschert. Bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern am 4. September 2016 gelingt es der AfD erstmals, mit 20,8 Prozent der Wählerstimmen sogar die CDU (19%) zu übertreffen.

Einen weiteren Einschnitt für die Entwicklung der AfD stellte ihr Kölner Parteitag vom 22. und 23. April 2017 dar. Sie selbst interpretiert ihn als Rettung ihrer Geschlossenheit. Tatsächlich ist etwas Einmaliges passiert: Die Partei erteilte ihrer Vorsitzenden eine krachende Abfuhr. Frauke Petry hat instinktiv erkannt, dass ein Zeichen nötig sei, um der AfD ein Image zu erhalten, das sie für bürgerliche Kreise und unzufriedene Konservative weiterhin als wählbar erscheinen lässt. Sachlich könnte dies nur eine Abgrenzung vom Rechtsextremismus

sein. Eine solche wagte sie aber nicht. Also ließ sie sich vom Politikwissenschaftler Werner W. Patzelt, der, mit besten Medienkontakten ausgestattet, immer wieder gerne als angeblich „unabhängiger AfD-Experte“ befragt wird, ein Strategiepapier einreden (Lau, Die Zeit, 20.04.2017), das sie selbst und viele Medien mit ihr als „realpolitisch“ titulierten. Diese Bezeichnung ist absurd, denn Petry setzt darauf, 2021 als Seniorpartner, also als stärkste im Bundestag vertretene Partei, eine Koalitionsregierung zu bilden.

Obwohl sie dies vielleicht sagen wollte, traute sie sich nicht einmal, generelle Koalitionsfähigkeit, also „mehr pragmatische[n] Machtwillen, weniger ideologische Borniertheit“ (Bender/Lohse, FAZ, 24.04.2017) anzumahnen. Wer immer wieder die Geister rechtsaußen ruft und selbst dafür streitet, das Wort „völkisch“ möge wieder „positiv besetzt“ werden, scheitert dann nahezu zwangsläufig mit dem – auch noch diffus und halbherzig durchgeführten – Manöver, diese Kräfte einzuhegen. Stattdessen traten auf dem Kölner Parteitag alle Sieger über Petry – nicht nur das erfahrene „Schlachtröss“ Alexander Gauland und der gar nicht anwesende Björn Höcke, sondern auch die angeblich eher „gemäßigt“ agierenden baden-württembergischen Politiker Jörg Meuthen und Alice Weidel – betont nationalistisch auf. „Je gruseliger Meuthens Überfremdungsszenario wurde, desto lauter jubelte der Saal“, merken die Beobachter der FAZ zu dessen „Schreckgespenst von der Abschaffung Deutschlands“ an (Bender/Lohse, FAZ, 24.04.2017). Kaum ins gemeinsame

*Niederlage für  
die Parteivorsitzende*

„Spitzenduo“ mit Gauland gewählt, versicherte auch Weidel, die im Bundesvorstand einst noch für ein Ausschlussverfahren gegen den Dresdener Redner Björn Höcke gestimmt hatte, ein gemeinsamer Wahlkampf mit Höcke sei möglich. In der Antragsdebatte wurde nahezu in jedem konkreten Einzelfall – vom erleichterten Zugang zu Waffen für „gesetzstreu Deutsche“ über die automatische Ausweisung von Ausländern auch bei geringfügiger Kriminalität bis zur generellen Ersetzung des Wortes „Integration“ durch „Anpassung“ – die rechtliche Variante angenommen. Nur der Antrag, das Asylrecht generell abzuschaffen, fand keine Mehrheit. Dieser Parteitag hat gezeigt, dass es in der AfD keine Radikalisierungsbremse gibt, sondern dass die Befürchtung des Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, zutrifft, der die AfD „auf dem Weg in den Rechtsextremismus“ verortet (zit. nach o. V., Die Welt, 23.04.2017).

### 1.3 Rechtspopulismus

Trotz weiterhin existierender, sich sogar erneut zuspitzender Machtkämpfe, andauernder Führungsquerelen und sich deutlich unterscheidender Akzentsetzungen und Tonlagen innerhalb des führenden AfD-Personals hat sich doch eine unübersehbare Übereinstimmung in der politischen Programmatik und auch im Politikstil herauskristallisiert.

Das Grundmuster, in dem die Gesellschaft wahrgenommen wird, und folglich der zentrale Antagonismus, den die Politik laut AfD bearbeiten muss, ist die Spaltung zwischen einem

Volk, das als homogene Gemeinschaft guter, anständiger, patriotischer, hart arbeitender, gesetzestreuer Deutscher aufgefasst wird, und einer korrupten, parasitären, das Volk bewusst verrätenden Elite, die nur auf den eigenen Vorteil bedacht ist. Das Volk ist die Zentralinstanz, auf die sich die eigene Partei bezieht. Deren Legitimation und Mission besteht darin, des Volkes wahre oder eigentliche Interessen zu artikulieren, Stimme dieses Volkes zu sein und ihm wieder den angestammten oder verdienten Platz in der Gesellschaft zu verschaffen. Diese Art des kraftvollen „Wir sind das Volk!“ impliziert immer auch ein „Und ihr nicht!“, ist also auf Abgrenzung und Exklusion angelegt. Alle, die nicht das Volk sind, sollen „weg“ – an erster Stelle natürlich die vom Parlament demokratisch gewählte Kanzlerin. Die fast universell präsente Parole „Merkel muss weg“ meint also in diesen Kreisen nicht in jedem Fall einfach eine angestrebte, aus dem pluralistischen Parteienstreit hervorgehende, neue Regierungsbildung. Sie wird antiliberal intoniert – als sei ein Volk, sobald es sich erst einmal wieder tatsächlich als Souverän inthronisiert habe, auch nicht mehr an rechtsstaatliche Verfahren oder parlamentarische Gepflogenheiten gebunden. Die demokratisch gewählten Repräsentanten werden ohne Unterschied als Kartell wahrgenommen, gegen das eben eine „Alternative für Deutschland“ in Stellung zu bringen ist.

Die AfD selbst gerät dann gewissermaßen zum Destillat des Volkswillens, der gegen die herrschende und manipulierende Kraft des oligarchischen Leviathans freigesetzt werden muss. Diesem „Monster“, Machtkartell oder

„Establishment“ können nahezu beliebig Politiker, Parteien, Parlamente, Medien und alle existierenden „intermediären Instanzen“ (Priester, bpb.de, 16.01.2017) zwischen Volk und Macht zugeschlagen werden. „Der Alleinvertretungsanspruch und der unbedingte Wille, ihn durchzusetzen“, zeigt nach Daniel-Pascal Zorn: „Populistisches Denken drängt stets zum Totalitären“ (Zorn 2017: 98).

Die epochalen Trennlinien – die Politikwissenschaft nennt sie auch „cleavages“ – verlaufen dann zwischen „Volk“ und „Elite“, zwischen „einfachen Menschen“ und „Apparaten“, zwischen Nation und Internationalismus, zwischen bedrohter, zu wahrer Identität und Kosmopolitismus, zwischen „gesundem Menschenverstand“ und den angeblich extensiv gewährten Rechten für Minderheiten, zwischen tradierter Ordnung und dem „linksrot-grün verseuchten 68er-Deutschland“, wie es der angeblich gemäßigte stellvertretende Parteisprecher Jörg Meuthen im April 2016 (zit. in SZ, 30.04.2016) seinen Parteifreunden in der Stuttgarter Messehalle entgegenrief.

Dieses Grundmuster ist es, das die AfD in ihrem inneren Kern als eine rechtspopulistische Partei ausweist. Auch wenn Menschen diesen Begriff als Etikettierung häufiger nutzen als verstehen, ist er angemessen. Das klärt noch nicht die Frage, ob es auch in jedem Falle sinnvoll ist, ihn a priori der Parteienennung voranzustellen, markiert aber das politologische Wissen darum, mit wem man es hier zu tun hat. Die Partei ist *rechtspopulistisch*, weil sie ihre Anrufung des Volkes nicht mit einem Sozialprogramm für die Einheimischen, also dem,

was die Politikwissenschaft „welfare chauvinism“ nennt, verbindet.

Einen derartigen linken Populismus gibt es vor allem in Südeuropa. Auch in Lateinamerika gibt es populistische Bewegungen – wie etwa den Peronismus –, die nicht einfach als „rechts“ zu attributieren sind, worauf insbesondere Karin Priester, Frank Decker und Jan-Werner Müller in ihren Arbeiten hinweisen. Auch wenn jeder auf Mobilisierung und Bewegung setzende Rechtsextremismus zugleich „populistisch“ ist, muss nicht jede rechtspopulistische Formation schon per se auch rechtsextrem sein.

Vielmehr ist gerade das die spannende Frage, die sich mit dem Entfaltungsprozess der AfD verbindet: Kann es – insbesondere in Deutschland – eine auf Volk, Nation und Identität setzende Partei geben, die den Pluralismus akzeptiert, auf die parlamentarische Demokratie und bürgerlichen Politikstil setzt und nicht jeweils den gesamten Honigtopf von totalitärer Ideologie, Relativierung der NS-Verbrechen und Verunglimpfung von Minderheiten mit sich schleppt oder geradezu anzieht?

#### 1.4 Wie entstehen neue Parteien?

Auch wenn es der AfD in ihrer bisherigen kurzen Geschichte gelungen ist, besonders jene Schichten und politischen Kreise anzusprechen, die sich bisher nicht repräsentiert, sondern „abgehängt“ fühlten, ist ihr programmatischer Kern nicht die Wendung an bestimmte soziale Schichten oder Klassen. Zwar vermochte sie relevanten Wählerzuspruch aus

*Populismus drängt zum Totalitären*

dem Lager der vorherigen Nichtwähler zu rekrutieren, letztlich hat sie aber Zulauf aus allen bisherigen politischen Lagern gewonnen. Aus diesem Grund würde es, obgleich bei Wählerbefragungen diese Motivation zur AfD-Wahl immer wieder artikuliert wird, zu kurz greifen, diese Partei allein als eine Partei der „Abgehängten“, der Globalisierungs- oder Modernisierungsverlierer zu charakterisieren.

Schauen wir auf die konkrete Geschichte der bundesrepublikanischen Parteigründungen, dann stoßen wir immer wieder auf Repräsentationslücken, in denen sich neue Formationen zu Parteien formen konnten. Den Humus für die Parteigründung bildet eine bundesrepublikanische Besonderheit: Oft müssen regierende Parteien in ihrer praktischen Politik exekutieren, was nicht unbedingt in ihre DNA eingeschrieben ist. Erst als die regierende SPD unter dem technokratisch agierenden Kanzler Helmut Schmidt eine energische Wendung hin zur „Nachrüstung“ vollzog, entstand der Raum, in dem sich Friedensbewegung, Frauenbewegung und zahlreiche, oft ökologisch motivierte Bürgerinitiativen als „neue soziale Bewegungen“ begreifen und formieren konnten. Da die damalige Sozialdemokratie zugleich allen ökologischen Ansätzen aus den eigenen Reihen (Erhard Eppler) im Regierungshandeln eine Absage erteilte, die Ökologie aber als selbstständiges globales Problemfeld sichtbar wurde („der Planet wird geplündert“, „Atomstaat“), konnten sich die Grünen formieren.

Als die Schröder-SPD mit der Flexibilisierung des Arbeitsmarkts den Grundstein für eine größere Wirtschaftsdynamik legte, räum-

te sie damit klassische Felder der staatlichen Sozialfürsorge frei, wo sich zunächst eine – oft sogar gewerkschaftlich gestützte – Bewegung gegen die „Hartz-Reformen“ artikuliert. Aus dieser erwuchs dann eine westdeutsche Wahlalternative (WASG), die letztlich zur Westausdehnung der damaligen östlichen Regionalpartei PDS in Gestalt der neuen Partei „Die Linke“ beitrug.

Und es ist die Merkel-CDU, die nach Fukushima den Atomausstieg besiegelte, die Wehrpflicht abschaffte, familienpolitisch von einigen tradierten Vorurteilen Abschied nahm, dann auch noch gegen die eigene Programmatik den Weg der EU zur „Schuldenunion“ freimachte und eine „Willkommenskultur“ gegenüber den ankommenden Flüchtlingen mit exzessiver Anwendung des Asylrechts an den Tag legte, die ihr gewiss nicht in die Wiege gelegt war. Dies alles wurde weitgehend ohne ausführliche Erläuterungen oder gar Streitbaren öffentlichen Diskurs in Form der TINA-Politik („There is no alternative“) erledigt – abgesichert durch eine übergroße parlamentarische Mehrheit der Großen Koalition. Ein Gräuelfeld sowohl für gestandene Nationalkonservative wie für Ultraliberale, was nicht heißt, dass diese auch die aufflammenden Proteste und Formationen dauerhaft führend prägen müssen. Die CSU gab sich mit dem Vorwurf an die Bundeskanzlerin, sie habe eine „Herrschaft des Unrechts“ ermöglicht, redlich Mühe, diese Kreise wieder einzufangen. Wichtiger als alle Psychologisierungen der Wählenden sind solche politologischen Erklärungsmuster für neue Formationen.

### Repräsentationslücken

Das gilt auch für die AfD. Ihre Radikalisierung, das Beiseitefegen der Marktliberalen und Nationalkonservativen aus der Parteiführung brachte ihr – besonders im Osten – die größten Wahlerfolge ein.

### 1.5 Das Mediensystem im Umbruch

Zu diesem – vorläufigen, aber extrem rasch entstandenen – Erfolg hat die „Double-Bind“-Beziehung zu den Medien beigetragen. Vielen Berichterstatter ist das bewusst. „Manchmal bekomme ich das Gefühl“, schreibt Justus Bender, „in einer unfreiwilligen Symbiose mit dieser Partei zu leben.“ „Immer öfter“, so Bender weiter, „bemerke ich, dass AfD-Politiker auf eine Skandalisierung durch die Medien hoffen, um sich dann über diese Skandalisierung zu erregen.“ Er geht sogar so weit zu behaupten: „Die AfD ist eine Erfindung eines politisch-medialen Perpetuum mobiles“ (Bender 2017: 19). Andere Journalisten ergehen sich in Selbstbezeichnungen. „Stern“-Reporter Lutz Kinkel sagt in Stephan Lambys Dokumentarfilm „Nervöse Republik“ (siehe Anhang, Videos), die Medien hätten die AfD durch ein Übermaß an Aufmerksamkeit größer gemacht, als diese tatsächlich sei. Über das rechte Maß, Zahl und Umfänge der Artikel und Sendezeiten wird seitdem unter Journalisten nachgedacht, als seien dies Größen, über die man willkürlich entscheiden könne. Wichtiger als alle quantitativen Fragen sind aber die Lehren, die aus der bisherigen Berichterstattung zu ziehen sind. Um die zu formulieren, muss zunächst das Mediensystem selbst in Augenschein genommen werden.

Das Mediensystem befindet sich gegenwärtig inmitten eines fundamentalen Umbruchs. Noch spielen die wenigen überregionalen Zeitungen für die bundesweite politische Meinungsbildung eine große Rolle. FAZ, Süddeutsche, Die Welt und die kleine taz, der Berliner Tagesspiegel, ganz sicher die Wochenzeitung Die Zeit und Magazine wie Der Spiegel und Stern dürfen sich noch als „Leitmedien“ fühlen.

Das gilt auch für die regionalen Abo-Zeitungen, die immer noch stolz vermelden können, dass bis zu drei Viertel der erwachsenen Deutschen eine Zeitung in die Hand nehmen. Obgleich alle einen jährlichen Auflagenverlust von zwei bis acht Prozent hinnehmen müssen, bilden sie noch das stabile Rückgrat der Informationsvermittlung. Viele der mittleren und kleinen Verlage aber sehen sich gezwungen, Redaktionen zu „verschlanken“, Synergien zu nutzen und energisch Konzentrationsprozesse in die Wege zu leiten. Noch schlimmer als die Leserverluste sind für sie die Rückgänge der Anzeigenumsätze.

Von fast erstaunlicher Stabilität ist dagegen das lineare Fernsehen. Bis zu drei Stunden täglich schauen die Deutschen im Durchschnitt in die Röhre; die großen Nachrichtensendungen erreichen regelmäßig bis zu acht Millionen Zuschauer. Bei besonderen Ereignissen schalten die meisten Deutschen immer noch zuerst den Fernseher ein. Die politischen Talkshows reproduzieren und prägen die Agenda der aktuellen Themen und bieten einer begrenzten Zahl politischer Akteure eine vielbeachtete Bühne zur Argumentation und Selbstdarstellung.

*Leitmedien*

*Das Fernsehen ist  
erstaunlich stabil*

Politische Magazine mit deutlich geringerem Zuschauerzuspruch bemühen sich sowohl darum, Hintergründe politischer Vorgänge darzustellen, als auch um deren Skandalisierung. Allerdings werden die Fernsehzuschauer auch immer älter.

Junge Leute informieren sich zunehmend auf anderen Wegen, schauen auf die Timeline ihres Facebook-Accounts, lassen sich von ihren Online-Freunden auf Entwicklungen aufmerksam machen und tauschen sich mit diesen aus. Oder sie folgen auf Twitter denjenigen, die sie als ergiebige Quellen identifiziert haben. Das klassische Mediensystem – so können wir alle gedruckten und elektronischen Medien der „Gutenberg-Galaxis“ zusammenfassend benennen – unterliegt einer fundamentalen Herausforderung durch die „neuen“, sogenannten „sozialen“ Medien. Es muss seine Kompetenz und Autorität gegen neue Konkurrenten behaupten.

Charakteristisch für die Gutenberg-Medien ist die Reproduktion des Gleichen. Alle Kunden einer Zeitung halten morgens das gleiche Angebot in den Händen. Es ist etwas gemeinsames Drittes, über das sie sich austauschen können. Diese Medien sind gestaltet nach redaktionellen Entscheidungen. Auch wenn sie nur ein Angebot darstellen, haben sie dadurch immer einen leicht paternalistischen Touch: Wir erklären dieses Thema für relevant und nicht jenes. Wir platzieren dieses Thema ganz vorne und nicht ein anderes. So spricht die Redaktion. Sie trifft Entscheidungen zu Inhalt und Darstellungsformen, zu Umfang und Stil, mit denen der Konsument sich als Rezi-

ipient zunächst nur passiv auseinanderzusetzen hat.

Kaum zwei Nutzer dagegen werden eine völlig identische Facebook-Timeline zu Gesicht bekommen. Die Informationen sind per Algorithmus zugeschnitten auf das je individuelle Benutzerprofil. Man bekommt zugeteilt, was besonders zu einem passt. Viele Nutzer empfinden diese Zuteilung sogar als „neutraler“ als die durch redaktionelle Entscheidungen herbeigeführte Selektion. Wir haben es also mit einer Individualisierung der Kommunikation zu tun. Weil die sprachliche Formung dabei oft eine geringere Rolle spielt als in den Printmedien sehen einige Kommunikationswissenschaftler sie auch wieder in größerer Nähe zur Oralität. Walter J. Ong und Thomas Pettitt sprechen deshalb von einer „Gutenberg-Parentese“ in der Medienentwicklung. Nach rund 500 Jahren massenmedialer Prägung durch die Welt des Druckens und Sendens – also der Verbreitung des gleichen Inhalts von einem Punkt an viele – kehre nun die ursprüngliche, mündliche und dörfliche Kommunikation wieder zurück. Dies geschehe aber auf viel höherer Ebene, nämlich im „Global Village“, wie Marshall McLuhan als Erster dieses Phänomen nannte, mit den „Prosumenten“ als Subjekt und Objekt, die permanent zugleich senden und empfangen können. Dass da nicht nur großes Neues auf uns zukommt, sondern sich auch frische Betätigungsfelder für alte Manipulation und Beeinflussung öffnen, erleben wir heute im nahezu täglichen Streit um „Fake News“ und Wirklichkeitsdeutungen. Unbe-

*Das Ende der „Gutenberg-Galaxis“*



stritten ist, dass die sozialen Medien nicht nur Interaktivität forcieren, sondern auch zum behaglichen Einrichten in Filterblasen mit Gleichgesinnten einladen, von denen eine geradezu autosuggestive Wirkung der Abkopplung von der Restwelt ausgehen kann. Einer YouGov-Studie zufolge („Politisches Informationsverhalten der Deutschen“, wofür 1.035 Personen zwischen dem 20. und 23. Februar 2017 befragt wurden) sind es besonders die Anhänger der AfD, die sich bevorzugt aus den sozialen Medien informieren, während alle anderen Bürger Fernsehen, Hörfunk und Print, in dieser Reihenfolge, als verlässliche Informationsquellen schätzen.

Auch Frauke Petry, die sich im ausführlichen Interview mit Stephan Lamby durchaus realistisch über unterschiedliche Medien äußert (Lamby, Interview mit Frauke Petry, siehe Anhang, Videos) – so verfolge sie bild.de wegen der großen Reichweite und beachte Spiegel Online vor allem, weil dieses Portal Taktgeber für andere Journalisten sei –, lobt insbesondere die Möglichkeiten von „Social Media“. Generell zum Feind erklärt wird dagegen der öffentlich-rechtliche Rundfunk, was logisch ist, da dieser ja von der Gesellschaft – in der Diktion der AfD also: vom Volk – finanziert wird und dennoch für meinungsbildende Zwecke genutzt werde, die laut AfD gerade nicht im Volksinteresse seien. Vom Volk finanziert, aber dem Volk entwunden – so stellt sich der AfD das öffentlich-rechtliche System dar. Lieber wäre ihr – so identifiziert Volker Zastrow kurzerhand die Sehnsucht – ein „völkischer Beobachter“ (Zastrow, FAS, 29.11.2015).

## 1.6 Partei der Journalisten

Die „Double-Bind“-Situation mit den Medien führt zu dem Paradoxon, dass gerade diejenigen, die „die Medien“ zum Feind erklären, fast sogar schon als „Partei der Journalisten“ bezeichnet werden können. Von Beginn an wurden in der AfD-Anhängerschaft die drei Buchstaben „GEZ“ (Gebühreneinzugszentrale der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten) geradezu reflexhaft als Symbol für ein teuflisches Manipulationssystem beschworen. Der Rest bestand nur noch aus Variationen des Themas, wie fundamental die Abschaffung von ARD und ZDF betrieben werden sollte. Mal sollten nur die Nutzer zahlen, mal sollte es in den öffentlich-rechtlichen Sendern ausschließlich „neutrale“ Informationen, aber keine Unterhaltung geben dürfen (Frauke Petry).

Diejenigen in der AfD, die ihren engagierten Lebensabend durch die nicht gerade geringen Pensionen der öffentlich-rechtlichen Anstalten verschönern, plädierten für programmatische Milde. Das tat der ehemalige ZDF-Korrespondent Giselher Suhr auf dem Berliner AfD-Parteitag, und auch der niedersächsische AfD-Landesvorsitzende Armin-Paul Hampel, der früher als ARD-Korrespondent aus Indien berichtete, gehört in dieser Frage nicht zu den Radikalen.

Anders Nikolaus Fest. Der jüngere Sohn des ehemaligen FAZ-Herausgebers und Hitler-Biografen Joachim Fest, der in seiner solitären Radikalität sogar in den Reihen der AfD fast ein Außenseiter ist. Der promovierte Jurist war Kulturchef der Bild-Zeitung, dann in der Chefredaktion der Bild am Sonntag (BamS) für Son-

*Drei teuflische  
Buchstaben: GEZ*

*Nikolaus Fest war bei  
der „Bild-Zeitung“*



deraufgaben zuständig, bis er feststellte, dass der Islam keine Religion sei, sondern eine totalitäre Bewegung, die mit der Schließung aller Moscheen eingedämmt werden müsse.

Ein zweistelliges Wahlergebnis errang die AfD bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern, wo sie sich als Alternative zur regierenden Großen Koalition in Szene setzte. Spitzenkandidat war Leif-Erik Holm, der stets freundlich und verbindlich auftretende, inzwischen in Berlin beheimatete frühere Moderator einer populären privaten Radiostation. Die flüssige Rede und den charmanten Umgang mit seinen Zuhörern hatte er in diesem Job gelernt. Als Politiker wurde er auf diese Weise schnell zum Aushängeschild der AfD an der Küste, obwohl noch unklar ist, ob diese Spitzenstellung auf der Liste auch einer realen innerparteilichen Macht entspricht. Noch wichtiger waren gelernte Journalisten in der frühen, der Konstituierungsphase der AfD. Der Spiegel-Reporter Alexander Osang weist zu Recht auf einen Artikel hin, der im Jahr 2007 im „Focus“ zum Thema „Konservatismus“ veröffentlicht wurde (Osang, Spiegel, 08.04.2017). Geschrieben hatte ihn der umtriebige, damals noch beim Focus angestellte Journalist Michael Klonovsky. Der Artikel kann als Gründungsurkunde der AfD gelesen werden. Folgerichtig wurde Klonovsky später, nach seinem Abschied von der Zeitschrift, als Berater der Parteisprecherin Frauke Petry installiert. Laut Selbstauskunft verstand er dieses Mandat als Auftrag zu einem umfassenden, strategischen Spin-Doctoring (Wallasch, taz, 01.05.2016). Später überwarf sich Klonovsky mit Petry und insbesondere

deren Gatten Marcus Pretzell wegen angeblich nicht gezahlter Honorare, was Pretzell als Erpressung deutet. Das führt zu einer Warnung der Partei in nie gekannter Schärfe – Klonovsky nennt das Paar „Bonnie und Clyde“ der AfD – vor der Führung durch das neue Powerpaar Petry/Pretzell, ausgesprochen von einem Insider. Inzwischen wurde Michael Klonovsky von der baden-württembergischen AfD als Pressesprecher der Landtagsfraktion fest angestellt.

Ein anderer Journalist, der inzwischen ebenfalls als Berater der AfD arbeitet, ist Günther Lachmann. Eigentlich ist er bei der überregionalen Tageszeitung „Die Welt“ der zuständige Berichterstatter über die AfD. Offenbar entspricht aber der Gegenstand seines journalistischen Handwerks so sehr auch seiner eigenen inneren Überzeugung, dass sich Lachmann nicht nur in Form einer geneigten Berichterstattung erkenntlich zeigen will, vielmehr will er seine Expertise nutzen, um für die AfD ein „Manifest“ zu verfassen. Auch Lachmann überwirft sich mit dem nordrhein-westfälischen AfD-Landeschef Marcus Pretzell, der nicht nur behauptet, Lachmann habe sich als „Teilzeit-Pressestrategie-Berater“ für die AfD angeboten, sondern auch E-Mails entsprechenden Inhalts veröffentlicht. „Herr Lachmann“, schreibt Pretzell auf seiner Facebook-Seite, „wollte zwar die AfD mit Frauke Petry und Jörg Meuthen beraten, aber er wollte seinen Job als Journalist bei ‚Die Welt‘ nicht aufgeben und dort weiter verantwortlich sein für die Berichterstattung über die AfD.“ Einen monatlichen Lohn in Höhe von 4.000 Euro habe er dafür verlangt. Chefredakteur Stefan Aust entlässt den Mann im Februar 2016 und spricht von

*Gründungsurkunde der  
AfD stand im „Focus“*

einem „groben Verstoß gegen journalistische Grundsätze“. Vor Gericht endet das Verfahren mit einem Vergleich. In der AfD scheint Lachmann den Eindruck verfestigt zu haben, dass Journalisten sich durch einen Mix aus Druck und Verlockung gerne benutzen lassen. Wenig später bekommt Lachmann einen Job von der thüringischen AfD-Fraktion unter Björn Höcke. Dort soll er nun die Kampagnenfähigkeit der Landtagsfraktion verbessern (vgl. Bender, FAZ, 15.02.2016).

Aus anderem Holz geschnitzt ist Konrad Adam, einer der Mitgründer der AfD. Im Gemeindezentrum der Christuskirche in seiner Heimatgemeinde Oberursel kam es zum ersten Treffen mit Bernd Lucke. Später wird Adam sogar Bundesvorsitzender der neuen Partei. Seinen letzten großen Auftritt hat er auf dem Essener Parteitag, auf dem Lucke gestürzt wird. Es ist Adam, der den Ton vorgibt: ein Rechtsruck sei gar nicht rechts. In einer begeistert gefeierten Eröffnungsrede deklamiert er unter anderem: „Als rechts gilt heute schon, wer einer geregelten Arbeit nachgeht, seine Kinder pünktlich in die Schule schickt und der Ansicht ist, dass sich der Unterschied von Mann und Frau mit bloßem Auge erkennen lässt“ (vgl. Amann 2017: 162). Er schließt sich allerdings keiner Intrige oder Fraktionierung an, so dass er letzten Endes zwischen allen Stühlen sitzt und in der AfD keine Rolle mehr spielt. Konrad Adam ist ein erfahrener Journalist der FAZ, der sich im Alter von 71 Jahren noch einmal begeistert in die Parteipolitik geworfen hatte. Grund dafür war wohl auch, dass er sich bereits am Ende seiner Laufbahn in der FAZ an den Rand

gedrängt fühlte. Statt der strammen Garde der konservativen Kohl-Freunde bestimmten die dynamischen Intellektuellen um Frank Schirrmacher im Feuilleton, aber allmählich auch deutlicher in politischen Diskursen die Themen und Tonlagen. Adam wechselte zur „Welt“.

Konrad Adam galt nie als besonders teamfähig. Lieber dachte er über die Hochwertigkeit der griechischen Kultur nach, als sich in die Tagespolitik zu werfen. Die Rente und die Wende weg von der FAZ bringen diesen Erzkonservativen in die Rolle eines Organizers, der er nie war. Im April 2017 artikuliert er seine Enttäuschung über die Entwicklung der AfD in der FAZ (Bender, Interview mit Konrad Adam, FAZ, 19.04.2017). Er wirft der Partei „Radikalisierung und Verkaderung“ vor, jeder zweite bis dritte Kandidat auf den Listen gehöre nicht in den Bundestag, Frauke Petry strebe etwas an, was man unter Stalin „Säuberung“ genannt habe, Pretzell sei „ein Zigeuner an der Macht“ (ebd.); nicht einmal zur Wahl „seiner“ Partei mag Adam sich noch bekennen.

Als deutlich raffinierter und mit allen politischen Wassern gewaschen erweist sich ein weiterer ehemaliger Journalist, der es bisher geschafft hat, in allen Intrigen und innerparteilichen Machtkämpfen eine Schlüsselrolle zu spielen: Alexander Gauland. Er ist ein erfahrener Politiker, der zunächst als Schützling seines früheren Marburger Kommilitonen Walter Wallmann Karriere machte – sowohl im ersten Bundesumweltministerium wie auch in der hessischen Staatskanzlei, die er von 1987 bis 1991 als Staatssekretär leitete, als Wallmann Ministerpräsident war. Er schrieb sogar die Rede,

*Konrad Adam ist enttäuscht*

*Als Gauland noch  
Habermas würdigte*

mit der Walter Wallmann bei der Verleihung des Adornopreises Jürgen Habermas ausdrücklich würdigte, was als Signal zur Zusammenarbeit mit der linksintellektuellen kulturellen Elite verstanden wurde. Vierzig Jahre lang war Gauland Mitglied der CDU, stets auf deren konservativem Flügel, zuletzt Ideengeber des „Berliner Kreises“, in dem sich Merkel-Gegner zusammenfanden. Aber schon in seiner hessischen Zeit empfahl er Wallmann einen strikt antiintegrationistischen Kurs, unter heftigem politischem Schlagabtausch mit dem Grünen Daniel Cohn-Bendit. Gauland pflegte schon aus der hessischen Staatskanzlei heraus Kontakte zum damaligen rechten Parteigründer Manfred Brunner, wagte den Bruch mit der CDU aber nicht. Gauland galt nie als ein Redner, der die Massen in Bierzelten und Festsälen erwärmen konnte. Aber Gauland ist nicht nur mit allen parteitaktischen Wassern gewaschen, sondern verfügt auch über große journalistische Erfahrung. Nach der Wende – zwischen 1991 und 2005 – agierte er als Herausgeber der „Märkischen Allgemeinen“ und baute die ehemalige SED-Bezirkszeitung zu einer seriösen, eher etwas konservativen Regionalzeitung um, die im sozialdemokratisch dominierten Bundesland Brandenburg einen politisch beachteten Kontrapunkt setzte. Nebenbei publizierte Gauland einiges. Besonders als politischer Kolumnist im angesehenen Berliner Tagesspiegel setzte er sich pointiert mit dem Zeitgeist auseinander, polemisierte gegen Alice Schwarzer und allerlei „Auswüchse“ der Political Correctness. Aber erst als Rentner wagte er den Bruch mit dem politischen Establishment und widmet sich seit

September 2012 dem Werden der AfD, deren brandenburgischer Landesvorsitzender er im Februar 2014 wurde.

Im Landtagswahlkampf macht Gauland auf sich aufmerksam, weil er sich gezielt auch an ehemalige Wähler der Linken wendet und damit Erfolg hat. Gauland kann sich gewählt ausdrücken und lässt sich gerne interviewen. Er agiert mediengerecht, antwortet kurz und präzise, wirkt nicht so hektisch wie Frauke Petry, nicht verschroben wie Beatrix von Storch, aber gleichwohl etwas kauzig. Mit Jägermode und Jaguar wirkt er gegenüber der klassischen Wählerklientel der AfD eher elitär. Nach seinem Berufsleben ist der ältere Herr zudem über den Verdacht erhaben, er engagiere sich aus karrieristischen Gründen oder Eigennutz in der AfD. Das prädestinierte ihn für die Rolle des großen Strippenziehers im Hintergrund, der vor allem stets seine schützende Hand über die Exponenten der Positionen rechtsaußen hält. Er spielt gerne den Ahnungslosen, der sich um der Sache willen aufreißt, aber eigentlich in die Fallstricke der Politik nur hineingestolpert sei. Gerne wendet Gauland dann das sogenannte „Kann-nit-verstan-Manöver“ (Zorn 2017: 295 f.) an. Als die FAZ ihn mit der Aussage zitierte, er wolle einen wie Boateng nicht zum Nachbarn haben, stellte sich Gauland als wohl einzigen Deutschen hin, der den Namen dieses Fußball-Nationalspielers noch nie gehört habe, sich nicht für Fußball interessiere, eigentlich auch gar nicht wisse, was diese komischen Journalisten da von ihm wollten. Auf dasselbe Unwissen berief er sich, als er in Reden ungeniert die alte NPD-Losung: „Heute tolerant,

morgen fremd im eigenen Land“ (Haupt, FAZ, 05.06.2016) skandierte. Auf dem Kölner Parteitag der AfD am 22. und 23. Mai 2017 siegte Gauland auf ganzer Linie. Mit der Absicht, eine diffuse „Richtungsentscheidung“ (siehe oben) zu erzwingen, erlitt die amtierende Parteivorsitzende Frauke Petry eine klare Niederlage, und der Partei-Dino Alexander Gauland trat endgültig aus dem Dickicht der Partei auf die Lichtung, genoss seinen Triumph über die (noch amtierende) Parteivorsitzende gnädig und ließ sich gemeinsam mit der als „modern“ geltenden Alice Weidel zum „Spitzenduo“ wählen.

Die „Partei der Journalisten“ verfügt also über einige Erfahrung im Umgang mit den klassischen Medien, stützt sich aber auch auf ein Netzwerk „eigener“ Medien, das im Folgenden skizziert wird. Gerade die Möglichkeit, die eigenen Botschaften immer wieder ungefiltert und ohne Kontrolle mit großer Reichweite kommunizieren zu können, sorgt in der AfD für Selbstbewusstsein gegenüber den von ihr als „Mainstream“-Medien titulierten Verbreitungswegen.

Zum Netzwerk, auf das sich die AfD stützen und aus dem sie schöpfen kann, gehören einige Medien der alten wie der neuen Rechten: Die „Junge Freiheit“, auch wenn diese bisweilen gegen einzelne Positionen der AfD heftig polemisiert, das Magazin „Compact“ von Jürgen Elsässer (Correctiv.org u. a. 2017: 171 ff.), Götz Kubitscheks „Sezession“, neuerdings auch das österreichische Portal „unzensuriert“. Überschneidungen in der Nutzung gibt es auch mit Ken Jepsens „KenFM“, dem Sender „RT“

(ehemals Russia Today), den Facebook-Seiten von Pegida oder mit dem rechtskonservativen Diskussionsforum „Tichys Einblick“. Am wichtigsten aber sind die eigenen Online-Aktivitäten für die über eine Viertelmillion Facebook-Freunde. „Für alles, was geschieht, gibt es eine Erklärung“, schreibt Zeit-Reporter Malte Henk: „Immer die einfachste.“ Henk zeigt die hingebungsvolle Arbeit eines „Werner Kaiser“, der allein mit Hilfe eines simplen Grafikprogramms die Facebook-Seite der AfD betreut und mit dieser bis zu vier Millionen Menschen erreicht (Henk, Die Zeit, 10.03.2016). Die Bemerkung von Justus Bender, dass nicht die Piraten, sondern die AfD die erste deutsche „Internet-Partei“ (Bender 2017: 62) sei, erscheint somit nicht übertrieben.

### 1.7 AfD und Medien – strukturelle Gemeinsamkeiten

Noch wichtiger als die eigene Medienwelt der AfD und die personellen Bindungen zur Welt der Medien sind aber die strukturellen Gemeinsamkeiten zwischen beiden Welten.

Eine Politik, die der populistischen Logik folgt, passt zu den Aufmerksamkeitsregeln, nach denen Massenmedien zu funktionieren pflegen. Da ist zunächst der unbedingte Wille zur Neuigkeit. Auch die populistische Anrufung des Volkes folgt diesem Aktualitätsgebot. „Habt Ihr schon gehört ...“, das ist auch der aufgeregte Duktus des populistischen Politikers. Die Selektionsregeln der Massenmedien, die schon ebenso häufig zitiert wie kritisiert wurden, spielen dem populistischen

*Erste deutsche  
Internetpartei*

**Tabelle 1:**  
**Systemische Übereinstimmung zwischen massenmedialen Aufmerksamkeitsregeln und populistischer Logik**

Kriterien der Massenmedien	Elemente des Populismus
Personalisierung	Zentralität des charismatischen Leaders
Komplexitätsreduktion	Vereinfachung der Argumentation
Appell zum Außergewöhnlichen	Produktion von Skandal und Tabubruch
Emotionalisierung	Emotionalisierung
Dramatisierung	Narrativ des betrogenen Volkes
Konfliktstruktur	Manichäisches Denken
Unmittelbarkeit	Ablehnung von Mediation

Datenbasis: Diehl, Die politische Meinung, 2016: 80.  
 Quelle: Eigene Darstellung

Diskurs in die Karten (vgl. Diehl, Aus Politik und Zeitgeschichte, 2012). Bei der journalistischen Reduktion von Komplexität stehen oft Emotionalisierung und Personalisierung obenan. Das entspricht dem Pathos, mit dem sich führende populistische Politiker als Stimme des Volkes ausgeben und dessen Feinde persönlich angreifen. Gerne spitzen Medien Konflikte, die als ein simpler Dualismus dargestellt werden, dramatisch zu und setzen lieber auf Sentiment und Sensation als auf Moderation oder komplizierte institutionelle Vermittlungsprozesse. Die Polemik, der Tabubruch und der Skandal eröffnen höhere Chancen auf Publizität als ein regulärer Gang der Ereignisse.

Populistische Politiker setzen immer auf die Unmittelbarkeit, mit der nun dem Volkswillen Genüge getan werden müsse. Eine solche Ansprache, die letztlich eher auf Akklamation als auf wirkliche Teilnahme zielt, ist auch den Massenmedien nicht fremd, wenn sie sich an ein Publikum wenden, das kaufen, „voten“, zum Telefonhörer greifen oder „Like“-Buttons drücken soll.

Selbstverständlich werden diese Tendenzen durch die große Geschwindigkeit, Dichte und Emotionalität der Interaktion in den sozialen Medien – und durch den Aufstieg des Internets allgemein – gegenüber den „klassischen“ Massenmedien noch verstärkt.

Paula Diehl fasst diese „systemische Übereinstimmung zwischen massenmedialen Aufmerksamkeitsregeln und populistischer Logik“ (Diehl, Die politische Meinung, 2016: 81) tabellarisch zusammen (siehe Tab. 1).

Dass das Volk sowohl Leser, Hörer und Seher wie demokratischer Souverän ist, scheint

hier zwar noch auf, medial angerufen werden aber weniger die Einzelnen als sich informierende Bürger als vielmehr die Zeitungskäufer, Einschaltquotenbringer und Facebook-User als Konsumenten unterhaltsamer Konflikte (vgl. Arlt/Storz 2016).

## 2 Handreichungen

### 2.1 Das Stöckchen-Spiel

Die Gemeinsamkeit von populistischer Logik und den Gesetzen der Aufmerksamkeitsökonomie setzt sich nicht nur hinterrücks durch. Den Politikern der AfD sind sie sehr wohl bewusst. Sie spekulieren darauf, spielen damit, nutzen die Medien zur eigenen polarisierenden Selbstdarstellung. Justus Bender, der in der FAZ stets um einen sachlichen Ton bei der AfD-Berichterstattung bemüht ist, kennt die andere Seite der politischen Kommunikation, den Druck, unter dem Journalisten stehen. „Sie müssen gute Geschichten finden“, schreibt er, „Neuigkeiten, spannende Themen. Und in dieser Hinsicht ist die AfD einfach unwiderstehlich“ (Bender 2017: 14).

Im Gespräch mit Stephan Lamby zeigt Frauke Petry recht gelassen, dass sie die Zuspitzung, ja Überspitzung, die Provokation, die „pointierte Darstellung“, wie sie es nennt, als „Stilmittel“ zum Generieren von Aufmerksamkeit gezielt einsetzt, räumt aber auch ein, dass sich dieses „Stilmittel“ auf Dauer abnutzen könne (Lamby, Interview mit Frauke Petry, Nervöse Republik, siehe Anhang, Videos).

Im Dokumentarfilm „Nervöse Republik“ gibt es dann eine Szenenfolge, die den Mechanismus von Provokation und Medienwirkung illustriert. Als die Fußball-Nationalmannschaft aus der Europameisterschaft ausschied, setzte Beatrix von Storch auf Twitter folgenden Tweet ab: „Vielleicht sollte nächstes mal dann wieder die deutsche NATIONALMANNSCHAFT spielen?“ Bild-Chef Julian Reichelt regt sich mächtig auf, spricht von „Hetze“, ein Redakteur solle

„eine Rüge oder so was“ organisieren. Denn natürlich spielt die AfD-Politikerin auf die vielen Spieler mit Migrationshintergrund an. Die Story soll auf den Titel gehoben werden, direkt neben die eigentliche Fußballgeschichte, die von Jogi Löw und dem Aus im Halbfinale handelt. Dann sehen wir eine Redaktionskonferenz, in der eine Redakteurin etwas schüchtern einwirft, ob man denn über jedes Stöckchen springen müsse, das die AfD hinhält. Danach führt Julian Reichelt stolz eine sogenannte „Heat Map“ vor, die farblich differenziert anzeigt, welche Story wie viele Klicks generiert hat. Von Storch ist fast so oft geklickt worden wie Jogi Löw. Davon profitieren beide: Bild und AfD. Dass Frau von Storch dann wenig später erklärt, sie habe mitnichten auf Özil, Boateng oder andere Spieler mit Migrationshintergrund angespielt, sondern nur die neue PR-Bezeichnung „die Mannschaft“ kritisieren wollen, entspricht dem eingeübten Schema, einer aufrüttelnden Provokation später eine Relativierung folgen zu lassen.

In einem als „vertraulich“ deklarierten „Strategiepapier“ der AfD für das Wahljahr 2017 heißt es dazu: „Die AfD muss – selbstverständlich im Rahmen und unter Betonung der freiheitlich demokratischen Grundordnung unseres Landes – ganz bewusst und ganz gezielt immer wieder politisch inkorrekt sein, zu klaren Worten greifen und auch vor sorgfältig geplanten Provokationen nicht zurückschrecken“ (AfD-Manifest: 10 f.).

Nun ist es auch für Journalisten ein durchaus interessanter Analysegegenstand, genau zu beobachten, ob und inwiefern es der AfD

*Provokation  
als „Stilmittel“*



gelingt, sich von rechtsextremen Positionen abzugrenzen, oder ob sie, im Gegenteil, bei Betonung der eigenen Achtung vor dem Grundgesetz inhaltlich Brücken zu rassistischen Ideen, zur Relativierung der deutschen Schuld am Mord an den europäischen Juden oder ins rechtsextremistische Lager baut.

Dennoch wird ein kluger Journalist sich nicht missbrauchen lassen wie ein Pawlowscher Hund, der bei jedem offensiv gesetzten Reiz exakt tut, was von ihm erwartet wird, nämlich der Provokation empört eine möglichst große Bühne zu verschaffen. Es ist Zeit, diese automatisierte Logik zu durchbrechen.

Bisher kann die Geschichte der öffentlichen Wahrnehmung der AfD als Abfolge solcher Provokationen – stets inklusive anschließender Relativierungen – gelesen werden.

Erinnern wir uns an einige davon:

■ „Wie soll ein Grenzpolizist reagieren, wenn ein Flüchtling über einen Grenzzaun klettert?“, fragen die Journalisten des „Mannheimer Morgen“ in der Ausgabe vom 30. Januar 2016 Frauke Petry (Mach/Senf, Mannheimer Morgen, 30.01.2017). Diese antwortet: „Er muss den illegalen Grenzübertritt verhindern, notfalls auch von der Schusswaffe Gebrauch machen. So steht es im Gesetz.“ Frauke Petry beschwerte sich dann über die „Verhörmethoden“ der Interviewer. Das Interview sei sinnentstellt und verkürzt wiedergegeben. Allerdings äußerte sie sich in einem Interview mit der „Rhein-Zeitung“ aus Koblenz kurz darauf exakt gleichlautend, wollte den Waffengebrauch dann aber strei-

chen (Georgi, FAZ.net, 05.02.2016). Diese Möglichkeit zur Autorisierung war mit den Journalisten abgesprochen worden. Die Zeitung veröffentlichte dennoch den ursprünglichen Text. Im Interview mit Tim Sebastian rechtfertigte sie sich, sie habe lediglich die Gesetzeslage referiert. Alexander Osang schreibt später im Spiegel (Osang, Spiegel, 08.04.2017), das komplette Interview klinge eigentlich recht sachlich. Was ja auch stimmt, aber die Aussage nicht besser macht. Tatsächlich resultiert diese Klarstellung aus dem energischen, ja penetranten, aber sachlichen Nachfragen der Journalisten, wie sie sich die Grenzsicherung denn genau vorstelle. Statt in einen Empörungsmodus zu verfallen, haben sie um Präzision gebeten. Das ist eine gute Interviewtechnik, die auch Tim Sebastian (Sebastian, Conflict Zone, siehe Anhang, Videos) anwendet. Obwohl ihm einige Beobachter vorwarfen, der AfD-Politikerin arrogant begegnet zu sein. Sein Insistieren auf Zitaten und seine Nachfragen sind – gemessen an den oft gefällig verlaufenden deutschen TV-Interviews – natürlich ungewöhnlich. Er fragt scharf, aber bringt Frauke Petry nicht in eine Opferrolle. So konnte Mathias Matussek (Jacobsen, meedia.de, 28.03.2016) sich auch begeistert darüber zeigen, wie großartig die Interviewte dem selbtherrlichen BBC-Mann doch standgehalten habe. Sie hatte ihre Chance. Im Zentrum stand der Inhalt. Vom Schusswaffengebrauch als gesetzlich gebotene Ultima Ratio der Grenzsicherung distanzierte Frauke Petry sich nicht.

*Eine gute Interviewtechnik: energisches Nachfragen*

- Zum selben Thema fragt Ende Januar ein Nutzer auf Facebook Beatrix von Storch: „Wollt ihr etwa Frauen mit Kindern an der grünen Wiese den Zutritt mit Waffengewalt verhindern?“ Die Gefragte antwortet knapp: „Ja.“ Petry rückt von ihr ab, nennt die Aussage „katastrophal“, und Beatrix von Storch sagt dazu, sie sei von der Maus abgerutscht. Diese Entschuldigung hat den Beiklang von Verhöhnung.
- Der thüringische AfD-Landesvorsitzende Björn Höcke steht unter Verdacht, in den Jahren 2011 und 2012 unter dem Pseudonym „Ludolf Ladig“ neofaschistische Propaganda betrieben zu haben (Kemper, DISS-Journal, 2016).<sup>1</sup> Die „heute show“ veralbert ihn mit dem erfundenen Vornamen „Bernd“, der unbewusst auch schon in vielen seriösen Medien bis hin zum „heute journal“ des ZDF Verwendung fand (Steinkuhl, meedia.de, 23.03.2017). Einer breiten Öffentlichkeit wurde Höcke mit einem skurrilen Auftritt am 30. November 2015 in der ARD-Talkshow „Günther Jauch“ bekannt, als er maliziös eine westentaschengroße Deutschlandfahne entfaltete. Am 17. Januar 2017 hielt er in Dresden im Ballhaus Watzke eine Rede, deren Inhalt und Duktus nicht nur die Redaktion des Fernsehmagazins „Monitor“ (Höckes Reden, siehe Anhang, Videos) an Joseph Goebbels denken ließ. „Wir Deutschen, also unser Volk“, deklamierte Höcke, „sind das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat.“ Deutschland müsse eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“ vollziehen. Die „dämliche Bewältigungspolitik“ müsse ein Ende haben. Schon treten die Relativierer auf den Plan. Sogar die den Sinn der Rede verdrehende Frage, ob denn der Holocaust etwa keine Schande sei, wird gestellt. Dennoch findet sich im Bundesvorstand eine Mehrheit für die Einleitung eines Ausschlussverfahrens, das dann in den thüringischen Gremien versandt wird. Gauland kritisiert allein die „Formulierungen“ der Rede, eine schlecht formulierte Rede sei aber kein Ausschlussgrund. Er nennt Höcke einen „Nationalromantiker“. In allen innerparteilichen Intrigen sucht er den Rückhalt von Höcke, der auch für das Spitzenduo Gauland/Weidel das finale grüne Licht gab (Bender/Lohse, FAZ, 24.04.2017). Über all die Aufregung verloren gegangen ist jegliche Aufmerksamkeit für Höckes Vorredner auf der gleichen Veranstaltung. Der Richter Jens Maier rangiert weitgehend unbeachtet auf Platz zwei der Landesliste für den Bundestag, obwohl er im gleichen Duktus wie Höcke den deutschen „Schuldskult“ für „beendet, endgültig beendet“ erklärt hatte (Meisner, Tagesspiegel, 13.02.2017).
- Als sei dies noch nicht genug, verschärfte Richter Jens Maier seine provokativen Aussagen: Auf einer Veranstaltung der Zeitschrift „Compact“ am 19. April 2017 in Pirna bewies er großes Einfühlungsvermögen ge-

<sup>1</sup> Mittlerweile gibt ein anderer Autor an, unter dem Pseudonym „Ladig“ publiziert zu haben, und entlastet damit Höcke (Bender, FAZ, 10.06.2017).

genüber dem Massenmörder Anders Breivik (Amann, Spiegel Online, 20.04.2017). Der sei „aus Verzweiflung“ zum Massenmörder geworden. Verantwortlich dafür seien der „Multikulturalismus“ und die massenhafte Einwanderung vieler „Kulturfremder“. „Ist das nicht alles zum Wahnsinnigwerden?“, fragte Maier rhetorisch die Anwesenden (ebd.).

- Frauke Petry will das Grundrecht auf Asyl in ein „Gnadenrecht“ umwandeln (Zeit, 25.01.2017). Die Nazi-Konzentrationslager vergleicht sie ausgerechnet auf dem Hambacher Schloss mit den Lagern der siegreichen Alliierten am Rheinufer, wobei sie ihren Geschichtsrevisionismus raffinierter formuliert als der Haudrauf Jens Maier. Die Geschichtswissenschaft habe sich inzwischen von der Sicht verabschiedet, die Deutschen seien alleine schuld am Ersten Weltkrieg. Auch in Bezug auf den Zweiten Weltkrieg werde sich diese Auffassung noch durchsetzen (Tagesspiegel, 05.03.2017).
- Petrys Ehemann, der nordrhein-westfälische AfD-Landesvorsitzende Marcus Pretzell, setzt am 19. Dezember 2016 um 21 Uhr 15 nach dem Anschlag auf den Weihnachtsmarkt in Berlin folgenden Tweet ab: „Wann schlägt der deutsche Rechtsstaat zurück? Wann hört diese verfluchte Heuchelei endlich auf? Es sind Merkels Tote! #Nizza#Berlin“. Diese Zuweisung „Merkels Tote“ ist seitdem kein Ausrutscher mehr, sondern wird in der AfD üblich, und zwar in der Formulierungsvariante, die auch Alice Weidel am 7. Dezember 2016 in der ARD-Talkshow „Maischberger“ in Bezug auf eine Vergewaltigung in Tübingen wählte: „Selbstverständlich ist Angela Merkel indirekt mitverantwortlich.“
- Auch nach dem Anschlag auf die Fußballmannschaft von Borussia Dortmund gibt die AfD vor, sofort Bescheid zu wissen, und twittert: „Danke Merkel! Islamisten verantwortlich. Vom Fußball bis zum Weihnachtsmarkt. Kein Bereich unseres Lebens ist mehr sicher.“ Wie sich später zeigen wird, erfolgte der Anschlag auf den Mannschaftsbus aus Habgier.
- Im Sächsischen Landtag geht der AfD-Abgeordnete Sebastian Wippel (vgl. o.V., Spiegel Online, 31.08.2016) noch weiter. In einer Debatte zur Inneren Sicherheit führt er aus: „Unsere Bundeskanzlerin hat uns hier eine Suppe eingebrockt. Eine Suppe, die niemand bestellt hat, nach dem Rezept ‚Wir schaffen das‘. Das ist ein bisschen einfach. Und nun haben wir die Quittung bekommen, jetzt auch in Deutschland erstmalig mit den Anschlägen in Bayern und Baden-Württemberg. Leider hat es nicht die Verantwortlichen dieser Politik getroffen.“ Stephan Lamby (Interview mit Frauke Petry, Nervöse Republik, siehe Anhang, Videos) spricht Frauke Petry, die ja Vorsitzende der Landtagsfraktion ist, darauf an, warum sie sich nicht wenigstens davon distanziert hat. Sie selbst hätte das nicht so formuliert, antwortet sie. Aber es sei ja richtig, dass bei den Attentaten stets Unschuldige getroffen würden, legitimiert sie ihre Toleranz mit einem sogenannten

„Körnchen-Wahrheit-Schachzug“ (Zorn 2017: 64).

- Alice Weidel hat sich darauf spezialisiert, jeden Unterschied von „Islam“ und „Islamismus“ zu negieren. „Sie haben gerade einen Unterschied gemacht zwischen Islam und Islamismus“, belehrt sie am 3. Dezember 2016 in der Talkshow „Pro und Contra“ zum Thema Rechtsruck ihre Kontrahentinnen (siehe Anhang, Videos), „Der Islam beinhaltet auch den Glauben an die Scharia.“ Dieser widerspreche grundsätzlich jeder auf Gleichheit gerichteten Gesellschaft. Den logischen Schluss, dass also jedweder Islam dem Grundgesetz widerspreche, expliziert sie nicht immer, weiß aber – wie sie in einem Gastbeitrag in der „Jungen Freiheit“ schreibt: „Das muslimische Gemeinwesen ist einzig und allein auf die Errichtung eines Gottesstaates ausgerichtet“ (Junge Freiheit, 11.10.2016).
- Auch zur Türkei und den hier lebenden Türken äußert sich die neue Spitzenkandidatin gerne und wenig gemäßigt: „Erdogans fünfte Kolonne“ solle „dahin gehen, wo es ihnen offensichtlich am besten gefällt und wo sie auch hingehören: in die Türkei“, sagte Alice Weidel am Ostermontag 2017. Konsequenter wäre es aus ihrer Sicht außerdem, den Befürwortern des Präsidialsystems die deutsche Staatsbürgerschaft abzuerkennen.

Alle diese Provokationen haben Methode. Das Stöckchen wird geworfen, und sofort hechten eifrige Journalisten hinterher und apportie-

ren das Aufgeschnappte in reichweitenstarke Kanäle. Nicht jedes Wort, nicht jedes schiefe Bild, nicht jede Grenzübertretung ist von langer Hand kalkuliert. Oft ist auch nur etwas schiefgegangen oder ein AfD-Politiker hat den Mund zu voll genommen. Gerne werden öffentlichkeitswirksame Provokationen dann nachträglich als besonders raffiniertes Vorgehen dargestellt.

Generell aber kann vermerkt werden:

*So verständlich es auch ist, dass Journalisten, Tabubrüche und Ungeheuerlichkeiten der AfD festgehalten wissen möchten, eine reflexhafte Ad-hoc-Empörung ist nicht die beste journalistische Reaktion.*

Es kann auch andere Entscheidungen geben, zum Beispiel zu untersuchen, wer denn aus welchen Gründen Höcke in Dresden so eifrig applaudiert hat.

Die „Handreichungen“ dieses Diskussionspapiers können nicht für jeden Einzelfall eine Lösung vorschlagen. Sie sind kein Rezeptbuch für eine gesunde Portionierung der AfD-Berichterstattung. Redaktionen müssen entscheiden, wie und wie oft sie über die AfD berichten. Wozu aber ermuntert werden soll, ist, darüber nachzudenken, was diejenigen, über die zu berichten ist, mit einer Strategie der Provokationen und vermeintlichen Tabubrüche bezwecken, um sich davor zu bewahren, instrumentalisiert zu werden. Am meisten würde hier eine offene Diskussion in der Redaktion helfen, gründliches Nachdenken über Inhalt und Formen der Berichterstattung, statt

auf routinierte Reflexe zu setzen oder gar in das hektische Rattenrennen um die meisten Klicks für die schlimmsten Meldungen einzustimmen. Ein guter Journalist wird selten genau das tun, was von ihm erwartet wird. Nur so entstehen so gründliche und umfassende Reportagen wie Malte Henks fast ethnologische Milieu-Erkundung (Henk, Die Zeit, 10.03.2016) oder Jan Fleischhauers AfD-Selbstversuch bei Facebook (Fleischhauer, Spiegel Online, 23.11.2016), der vorführt, wie eine „Filterblase“ funktioniert.

## 2.2 Die Psychofalle

Angst und Enttäuschung sind nach der Einschätzung von Melanie Amann für die AfD konstitutiv. So entstehe ein „negatives Gemeinschaftsgefühl“ (Amann 2017: 56). Claus Leggewie spricht mit Max Scheler vom „Ressentiment“ als „heimlichem Groll“, als „dauernde psychische Einstellung, die durch systematisch geübte Zurückdrängung von Entladung gewisser Gemütsbewegungen und Affekte entsteht“ (Leggewie, taz, 05.01.2015). Eine ganz ähnliche Diagnose liefert auch der Philosoph Byung-Chul Han für die Pegida-Bewegung: „Gerade die Konstruktion des Anderen als Feind externalisiert den inneren Konflikt und entlastet dadurch die Psyche“ (Han, SZ, 17.12.2014).

Viele Autoren, die sich mit der AfD befassen, haben sich von dem FDP-Bundesgeschäftsführer Marco Buschmann überzeugen lassen. Der hat das Buch des österreichischen Mathematikers Rudolf Taschner „Die Mathematik des Da-

seins“ über Spieltheorien gelesen. Taschner stellte darin fest, dass ein Spiel völlig andere Wendungen nimmt, sobald es die Möglichkeit bietet, Mitspieler zu bestrafen. Eine solche Motivation sieht Buschmann auch bei Teilen der AfD-Anhänger: „Sie wollen die Politiker bestrafen, auch wenn sie selbst dadurch verlieren“ (Bender 2017: 187). Leggewie (taz, 05.01.2015) zitiert zustimmend Nietzsche, der im Ressentiment eine „imaginäre Rache“ sieht.

Dieses Erklärungsmuster ist nicht ganz neu. Schon 1963 schrieb Seymour M. Lipset, dass populistische und extremistische politische Strömungen besonders attraktiv seien für „die Unzufriedenen und die psychisch Heimatlosen, [...] die persönlich Gescheiterten, die sozial Isolierten, die wirtschaftlich Prekären, für die ungebildeten, rohen und autoritären Persönlichkeiten“ (zit. nach: Müller 2016, FN 40).

Nun spielt Psychologie in der Politik stets eine Rolle. Gerade für Journalisten ist es etwa bei der Beschreibung einzelner Politiker und ihrer individuellen Motivation stets reizvoll, auch über deren Ängste und Antriebe nachzudenken. Das gilt auch für die Politiker der AfD. Warum ist Alexander Gauland in hohem Alter noch so engagiert? Will er sich und anderen immer noch beweisen, dass er nicht nur ein kalter Technokrat, sondern auch ein feuriger Politiker sein kann? Kompensiert Frauke Petry, die im Leben immer zu den Besten gehörte, mit ihrer politischen Karriere ihren Misserfolg als Unternehmerin? Warum ist die lesbische Alice Weidel ausgerechnet in jener Partei aktiv, die das traditionelle Familienbild hochhält? Auch bei der Beschreibung interner Machtkämp-

*Psychologie ist interessant, erklärt aber nicht alles*

*AfD – keine Partei der  
Unterschichten*

fe und Intrigen kann es hilfreich und richtig sein, sich der Psychologie zuzuwenden statt jede Verwerfung politisch-ideologisch als Richtungsstreit zu deuten.<sup>2</sup>

Zu den Standardsätzen von Alexander Gauland gehört die Aussage, die AfD sei die „Partei der kleinen Leute“. Tatsächlich ist es der AfD bei Wahlen gelungen, Wähler aus sozialen Brennpunkten an die Urnen zu bringen, die zuvor nicht gewählt hatten. Dennoch ist die AfD nach den Analysen der Sozialstruktur ihrer Wähler nicht eine klassische Unterschichten-Partei. Sie spricht nicht in erster Linie Menschen mit geringem Einkommen oder wenig Bildung an. Auch die Wanderbewegungen der Wählerströme zeigen, dass die AfD zwar überproportional Stimmen aus dem sogenannten Lager der Nichtwähler für sich mobilisiert, aber auch in der Lage ist, aus beinahe allen anderen politischen Lagern Wähler zu gewinnen. Am stärksten resistent sind noch bisherige Wähler der Grünen, was Sozialforscher darauf zurückführen, dass sich diese Sympathisanten am ehesten für libertäre Lebensentwürfe und gegen einen autoritären Lebensstil engagieren.

Weil es die Analyse der tatsächlichen sozialen Verhältnisse nicht hergibt, die AfD als Partei der „Abgehängten“ zu charakterisie-

ren, befassen sich viele Beobachter mit der kollektiven Psyche der Sympathisanten und Wähler. Es sollen vor allem „Abstiegsängste“ und „Zukunftssorgen“ sein, die zur AfD führen. Letztlich wende sich die Partei mit ihrem Nationalismus an die „Globalisierungs- oder Modernisierungsverlierer“. Nun ist die nüchterne Analyse, welche Sektoren des Arbeitsmarkts von der Freizügigkeit besonders betroffen sind und so zu neuer Konkurrenz am unteren Ende der Sozialskala führen, sicherlich sinnvoll. Ungefähr jedes fünfte Arbeitsverhältnis gehört gegenwärtig zum Niedriglohnsektor, sagen übereinstimmend Oliver Nachtwey (2016) und Heinz Bude (2014). Die Politik wird darauf sozialpolitische Maßnahmen gründen können, Gewerkschaften werden Abwehrkämpfe konzipieren müssen. Viele Akteure versprechen dann, sich wieder mehr zu „kümmern“, was stets den Beiklang paternalistischen Wohlwollens hat.

Viel zu häufig und oft gedankenlos wird im Journalismus der Topos von den „Verlierern“ benutzt, „die sich in zielloser Wut den simplen Botschaften der Populisten ergeben“ oder sich sehnsuchtsvoll nach einer „vermeintlich geordneten Welt von gestern“ ausrichten, statt sich erwartungsfreudig der unveränderlichen

<sup>2</sup> Es ist sogar eine Falle, jede interne Auseinandersetzung nach dem kategorialen Schema von links und rechts oder realpolitisch und fundamentalistisch zu sortieren. So gab es in der Spitze der Bundespartei zwischen Frauke Petry und Jörg Meuthen wiederholt heftige Kontroversen. In Baden-Württemberg kam es zur Spaltung der Landtagsfraktion, weil Meuthen es nicht vermochte, den offenkundigen Antisemiten Wolfgang Gedeon auszuschließen, ohne dabei seinen Rückhalt in der Fraktion zu verlieren. Petry agierte hier gegen Meuthen, wollte die Fraktion ohne klare Abgrenzung nach rechtsaußen zusammenhalten und bewegte Gedeon zum freiwilligen Verlassen der Fraktion. Scheinbar war hier also Meuthen der „gemäßigtere“ Politiker, während Petry weiter rechts agierte. Auf dem Kölner Parteitag war es genau umgekehrt: Petry wollte sich als „gemäßigter“ profilieren, brachte einen Antrag ein, den sie selbst als „realpolitisch“ titulierte, der tatsächlich aber alles andere als „Realpolitik“ war, während Meuthen sich mit extrem nationalistischen Tönen aus der Schublade der „Deutschland-schafft-sich-ab-Rhetorik“ von ihr abgrenzte. Hier spielt Psychologie sicher eine ebenso große Rolle wie die innerparteiliche Bündnistaktik.

Zukunftsdynamik zu stellen. „Das Wort selbst, das suggeriert, das Leben wäre ein Spiel, in dem es eben Sieger und Verlierer gibt“, bemerkt Karl-Markus Gauss zu Recht, „müsste sozial interessierten Menschen verdächtig sein“ (Gauss, SZ, 06./07.05.2017).

Oft ist das ständige Reden von den „Ängsten der Abgehängten“ aber auch nur ein allgemeines Psychologisieren, das den Blick auf die politischen Konzepte der AfD verstellt. Dieses Psychologisieren birgt die *Gefahr, sich dem Objekt der Berichterstattung nicht mehr journalistisch zu nähern, sondern pädagogisch oder gar therapeutisch.*

Geschrieben wird dann über die Ängste und Sorgen, also die kollektiven Gefühle der Leute, die sich benachteiligt fühlen. Oft geschieht dies in einer Tonlage, als gelte es, Defizite zu bearbeiten: Womöglich ist es ihre Ich-Schwäche, die sie verführt, unerfüllte Wünsche als Aggression gegen Fremde zu lenken. Gestritten wird dann darüber, ob und inwiefern man diese „Ängste“ ernst nehmen müsse oder zurückweisen dürfe. Auch dies ist im Kern eine pädagogische Fragestellung: Es müsse ein kluger Weg gefunden werden, die Defizite der anderen zu bearbeiten. Dies verrät immer auch eine elitäre Haltung gegenüber den Menschen, über die zu berichten ist.

Sozialwissenschaftler, die Befragungen durchführen, berichten im Übrigen davon, dass auch die Befragten längst wissen, welche Einstellungen gesellschaftlich toleriert werden und welche unerwünscht sind. So versteckt sich beispielsweise hinter manch banger Sorge um Gerechtigkeit, die artikuliert wird, tat-

sächlich der Wille, eigene Privilegien aggressiv gegenüber anspruchsvollen Eindringlingen zu behaupten.

In der Berichterstattung über die AfD und andere rechtspopulistische Formationen geht es zuallererst um politische Konzepte, die auch politisch zu bewerten sind. Wer Ängste oder persönliche psychologische Dispositionen ins Zentrum stellt, wird immer die Folgefrage, wie denn nun damit umzugehen sei, zu behandeln haben.

*Hier liegt die Verwechslung von Journalismus und Pädagogik nahe. Deswegen ist gut beraten, wer dem allgemeinen Ratsschlag Jan-Werner Müllers Folge leistet, man sollte „mit dem Psychologisieren [...] sehr vorsichtig sein“ (Müller 2016: 36).*

### 2.3 Die Ausgrenzungsfalle

Zu jedem Rechtspopulismus gehört die Logik der Exklusion. Es wird also starr definiert, wer nicht dazugehört – zum Volk, zur Nation, zur Gemeinschaft der „gesetzestreuen Deutschen“ –, wer Rechte hat als Souverän und wer von dieser Rechtsgemeinschaft ausgeschlossen wird. Das kann der „Islamismus“, der „politische Islam“ oder auch einfach „der Islam“ sein, weil für diesen die Unterordnung des Rechts unter die Scharia wesentlich sei. In jüngerer Zeit berufen sich AfD-Politiker aber auch gerne auf Kategorien aus dem Bereich des Kulturellen, um etwa „Kulturfremden“ die Tür zu weisen. Schon Anfang der 1990er-Jahre machte Étienne Balibar darauf aufmerksam,



*Die AfD grenzt aus ...*

dies sei ein Rassismus, „der – jedenfalls auf den ersten Blick – nicht mehr die Überlegenheit bestimmter Gruppen oder Völker über andere postuliert, sondern sich darauf beschränkt, die Schädlichkeit jeder Grenzverwischung und die Unvereinbarkeit der Lebensweise und Traditionen zu behaupten“ (Balibar/Wallerstein 1990: 28). Die AfD ist dann sehr schnell bei der Hand, den Nichtzugehörigen Rechte abzusprechen oder abzuerkennen. Mit Abschiebungen auch bei Kleinkriminalität oder gar Ausbürgerungen tut sie sich nicht schwer. Der Landesverband Bremen der AfD geht sogar so weit, dass Menschen, die sich einer Geschlechtsumwandlung unterzogen haben, keine Bürgerrechte mehr besitzen sollen. Diese Betonung der Exklusion ist immer antipluralistisch. Denn es soll ja eine Homogenität des Volkes, der Nation oder der Rechteinhaber hergestellt werden.

Die Antwort des Journalismus auf diesen Antipluralismus kann aber sicher nicht darin bestehen, es der AfD nun mit gleicher Münze zurückzuzahlen. Darauf wartet sie nur. In ihrem internen Strategiepapier heißt es: „Nicht die AfD darf das Gespräch verweigern, die Altparteien müssen es ablehnen“ (AfD-Manifest: 10). Nichts liebt die AfD so sehr, wie sich selbst als Opfer zu inszenieren. Den Gefallen, Anlass dazu zu geben, dürfen ihr die Medien nicht tun. Die AfD auszugrenzen ist keine sinnvolle Option. Ein pluralistischer Diskurs ist für die Demokratie essenziell. „Demokratie ist eine Praxis, die auf dem gemeinsamen Gespräch basiert“, definiert Daniel-Pascal Zorn kurz und präzise (Zorn 2017: 251). Demokratie gründet darauf, dass es legitim ist, unter Gleichen darüber zu

debattieren, was legitim und was illegitim ist. „Wer Populisten mundtot machen will“, erklärt Jan-Werner Müller, „bestätigt allzu leicht ihre These, ein Machtkartell der etablierten Eliten lasse keine Kritik zu“ (Müller 2016: 96) und Meinungsfreiheit müsse erst durch die Populisten wieder erkämpft werden.

Die Bewertung einer generellen Ausgrenzung als „Falle“ resultiert natürlich aus der Analyse der AfD. Sie hat einen rechtspopulistischen Kern, ist jedoch zugleich voller Widersprüche und Ambivalenzen. Sie hat den Charakter einer „Chamäleon-Partei“ (Nolte, Tagespiegel, 03.04.2106) noch nicht völlig abgelegt. Sie integriert rechtsextreme Positionen, baut Brücken zur „Neuen Rechten“ und nutzt deren Netzwerke. Völlig anders wäre sowohl die politische wie die journalistische Strategie, würde es sich beispielsweise um eine neofaschistische Herausforderung handeln. Da könnte es richtig sein, alle Kräfte des „Verfassungsbogens“ zur einheitlichen Abwehr zu formieren.

Die Demokratie selbst und demokratische Medien werden ihrem Charakter gerecht, wenn sie auch Politiker und Positionen der AfD in ihren Diskursen berücksichtigen. Das sagt aber natürlich noch nichts über den Umfang und die Qualität ihrer Repräsentanz aus. Viele Journalisten fragen sich, ob sie in ihren jeweiligen Medien nicht zu viel über die AfD berichtet haben. Aber nicht die Frage nach der Quantität, sondern die nach der Qualität der Berichterstattung ist die Schlüsselfrage. Denn die AfD ist ein neues Phänomen, ein interessantes Phänomen, eine politische Formation, die das bisherige Parteiengefüge aufmischt und Verschie-

*... darum sollte sie nicht ausgegrenzt werden*

bungen der Grundkoordinaten des politischen Konsenses bewirken kann. Es ist also richtig, ihr besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Ein sogenannter „Nirwana-Fehlschluss“ (Zorn 2017: 296), der nur Enttäuschung hervorrufen kann, ist die Aussage, Medien sollten ‚die Realität 1:1 abbilden‘. Täten sie es, wären sie keine Medien mehr, sondern die Realität. Genauso absurd ist die Forderung, Medien sollten über Parteien proporzgerecht berichten. Ausschlaggebende Größe für guten Journalismus ist nicht die Zahl der Wählerstimmen einer Partei, sondern deren gesellschaftliche Relevanz.

Beantwortet ist damit aber noch nicht die Frage nach dem „Wie“ dieses Diskurses. Wenn Demokratie auf dem gemeinsamen Gespräch basiert, muss dieses in der Substanz vom *Austausch rationaler Argumente* geprägt sein. „Die Komfortzone von AfD-Politikern [...] endet dort, wo die Realpolitik beginnt“, glaubt Justus Bender und hält deswegen die „Erzwingung von Rationalität“ (Bender 2017: 194) für zentral. Immer sei genau nachzufragen und auf Präzision zu bestehen: Warum schadet es Kindern, wenn sie von Alleinerziehenden großgezogen werden? Warum soll ein Mann, der eine Frau werden will, nicht mehr deutscher Staatsbürger sein? Warum soll die hiesige Kultur so unbedingt gelten, dass Fremde kategorisch von ihr ausgeschlossen werden? Wie genau sollen illegale Grenzübertritte verhindert werden? Warum soll gesetzestreuen Deutschen der Zugang zu Waffen erleichtert werden? Warum soll den Muslimen das Schächten verboten werden? Frauke Petry fordert: „Deutsche Salafisten ge-

hören festgenommen“ (o. V., dpa, 22.09.2015). Wie rechtfertigt sie es, Unschuldigen die Freiheit zu entziehen? Auf welches Deutschland berufen wir uns, wenn wir „das Deutschland unserer Väter und Mütter erhalten“ wollen – auf 1945, 1936, 1918, 1871 oder 1848? „Das Ausmalen der konkreten Folgen populistischer Forderungen ist kein Trick“, erläutert Bender (2017). „Es ist legitim und notwendig“ (ebd.: 199).

Wie sinnvoll die Frage nach Konkretion ist, wurde auch im abschließenden TV-Duell des französischen Präsidentschaftswahlkampfes deutlich. Über weite Strecken war dieses Duell eine verstörende Abfolge von Vorhaltungen, Beschimpfungen und Dementis. Einmal aber fragte Emmanuel Macron seine Konkurrentin Marine Le Pen, wie sie sich einen Ausstieg aus dem Euro genau vorstelle. Die Großkonzerne und Banken könnten ja noch mit dem Euro bezahlen, früher sei dies mit dem Ecu (der früheren europäischen Rechnungseinheit der EU als Vorläufer des Euro) ja auch so gewesen, fantasierte sie, während die kleinen Leute parallel dazu den Franc als alltägliches Zahlungsmittel benutzen sollten. Je mehr Macron ruhig nachfragte, desto absurder wurde es.

Solches Verlangen nach Konkretion jenseits allgemeiner Sprüche und Polemiken denunziert die AfD gerne als eine „für Normalbürger unverständliche und langweilige Spezialistendiskussion“ (AfD-Manifest 2017: 9). Im internen Strategiepapier der AfD heißt es: „Es geht weiterhin für den Wahlerfolg der AfD nicht darum, zu den zentralen Themen differenzierte Ausarbeitungen und technische Lösungsmodel-

*Nach den konkreten Folgen fragen*

*Regeln einhalten*

le vorzulegen und zu verbreiten, die nur Spezialisten aus der politischen Klasse interessieren, die Wähler aber überfordern“ (ebd.).

Es gibt eine „Logik für Demokraten“ (Zorn 2017), zu der es gehört, Argumente auf deren sachliche Geltung hin abzuklopfen und sie nach inneren Widersprüchen zu befragen. Empörung ist meist kein guter Ratgeber. Zum rationalen Diskurs gehört es auch, dass jeder die Regeln einhält, die er vom anderen einzuhalten fordert. Weiterhin gilt das „stillschweigende Gebot, dass man dem anderen in der Debatte nichts vorzuschreiben hat“ (Zorn, Zeit Online, 12.01.2017). Schon wer von sich selbst behauptet, die eigene Wahrnehmung sei „die Realität“, beendet eine Debatte, bevor sie begonnen hat. Dogmatisches Denken zeichnet sich dadurch aus, dass es immer den eigenen Standpunkt verabsolutiert und gegen Differenzierung, Relativierung oder Vermittlung mit anderen Akzentsetzungen immunisiert. Auch wer kraftvoll argumentiert, kann den eigenen Geltungsanspruch mäßigen. Darum ist die Realpolitik, das Ausloten von Kompromissfähigkeit, die exakte Schilderung der Folgen erhobener Forderungen, ein Lackmустest jeder, also auch der AfD-Politik.

Nicht in die Ausgrenzungsfalle zu tappen bedeutet nun im Umkehrschluss nicht, dass AfD-Politiker an jedem Forum teilnehmen müssen oder für Interviews genauso anzufragen sind wie alle anderen Politiker. Es ist keine Pflicht, in der Diskussion des lokalen Hörfunks über die neue Schnellstraße auf jeden Fall auch den Verkehrsexperten der AfD zu Wort kommen zu lassen. Denn die AfD ist keine Partei wie

jede andere. Geht es allerdings darum, alle im lokalen Parlament vertretenen Fraktionen anzuhören, ist auch die AfD hinzuzuziehen, wenn sie parlamentarisch vertreten ist. Alles andere ist eine redaktionelle Entscheidung, die je nach Themenlage und politischer Relevanz abzuwägen und zu treffen ist, nicht aber nach Proporz. Es sei denn, es gibt juristische Vorschriften, wie sie etwa für Wahlsendungen öffentlich-rechtlicher Anstalten gelten.

Von dieser redaktionellen Einladungspolitik unbenommen ist, wie die anderen Politiker reagieren. Natürlich dürfen sie – wie es etwa die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer vor der Landtagswahl am 13. März 2016 getan hat – sich weigern, gemeinsam mit der AfD aufzutreten.

Es kann auch politische Veranstaltungen geben, bei denen aus verständlichen Gründen eine AfD-Präsenz ausdrücklich unerwünscht ist. Der thüringische Landtag beging den Holocaustgedenktag auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald. Ausdrücklich eingeladen wurde der AfD-Abgeordnete Björn Höcke, der diese Art der Gedenkkultur zuvor geschmäht hatte. Die Gedenkstätte sprach ein Hausverbot aus, das ihm in Schriftform überreicht wurde.

Zu den einflussreichsten politischen Formaten des Fernsehens gehören die politischen Talkshows. Es wurde schon ausführlich kritisiert, dass diese Vorführungen nicht identisch sind mit einem zielführenden Meinungsaustausch (vgl. Gäbler 2011). In der Regel werden die Diskutanten aus einem äußerst begrenzten Kreis angeblich fernsehaffiner Politiker, Jour-

nalisten und Experten rekrutiert, die geübt darin sind, ihre festgefügteten Rollenmuster pointiert und schlagfertig zu behaupten. Begrenzt ist auch das Themenspektrum solcher Shows. In der Regel geht es kaum um wichtige Zukunftsfragen, sondern um emotional aufgeladene Tagesaktualität. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Marco Bülow sieht in der Themenauswahl „ein Zerrbild der Wirklichkeit“ (Tusch, meedia.de, 29.03.2017). 204 Ausgaben der Talkshows in ARD und ZDF hat er ausgewertet. Jede vierte Sendung behandelte das Thema „Flüchtlinge“. Sogar jede zweite war mit einem der Themen Flüchtlinge, Islam, Terror/IS oder Extremismus/Populismus befasst. In lediglich sechs Sendungen wurde über Armut und Ungleichheit diskutiert, der Klimawandel spielte nie eine Rolle (ebd.). Bekannte Positionen müssen noch einmal vorgetragen und bekräftigt werden, ein Einlenken aus besserer Einsicht ist nicht vorgesehen. Für die meist ohnehin bekannten Politiker sind diese Sendungen als Bühnen der Selbstdarstellung und zur Steigerung ihrer Bekanntheit von Bedeutung.

Das gilt auch für die Repräsentanten der AfD. Seit Björn Höcke am 18. Oktober 2015 zum ersten Mal bei Günther Jauch zur besten Sendezeit sein Deutschlandfähnchen entfalten konnte, ist der Durchbruch gelungen. In 11,3 Prozent aller Talkshows von Oktober 2015 bis März 2017 saßen AfD-Politiker, zählte Marco Bülow, und das NDR-Medienmagazin „Zapp“ ermittelte für den Zeitraum von Januar bis November 2016 insgesamt 244 Parteienvertreter, davon waren 22 – also rund 9 Prozent – AfD-Gäste (Huber, Tagesspiegel, 15.01.2015).

Die AfD beschwerte sich, ihre Vertreter seien im Jahr 2017 zu wenig eingeladen worden. Als Beatrix von Storch Ende März zu „Maischberger“ geladen wurde, postete sie, da habe wohl jemand kurzfristig abgesagt, weswegen sie nun einspringen solle. Das alles verfolgt nur den Zweck, Druck auf die Redaktionen zu entfalten und zugleich die geliebte Opferrolle als Dauervorstellung zu geben. Manche Talkshow-Redaktionen laden AfDler offenkundig auch deswegen ein, weil so für heftigen Zoff und eine gewünschte quotenträchtige Konfrontation gesorgt ist. Sie übersehen dabei, dass schon Themenzuspitzungen wie: „Sind wir alle von kriminellen Ausländern bedroht?“ oder „Überrennen uns jetzt die Migranten?“ dem Agenda Setting und Sprachgebrauch der AfD entstammen. Bereits ein solches „Framing“ (siehe Kap. 2.6) der Themen kann die AfD als Geländegewinn verbuchen. Zudem zeigt sich, dass sich weder die Gastgeber der Sendungen noch die geladenen Mitdiskutanten ausreichend auf die Diskursmanöver der AfD-Politiker vorbereiten. Schon die Anordnung der Talkshows lässt den Eindruck aufkommen, hier müsse sich ein armes AfD-Würstchen gegenüber einer gewollten Übermacht von vier Kontrahenten wehren. Wenn etwa eine AfD-Vertreterin sich für eine kurze Zeit unwidersprochen äußert, taucht das hinterher auf YouTube wieder auf (unter Rubriken wie „Alice Weidel von der AfD klärt die dummen Hühner von Rot-Grün über die Sharia auf“, siehe Anhang, Videos). Einer wirklichen Konfrontation auf Faktenebene weichen AfD-Politiker gerne aus; sie appellieren viel lieber an den gesunden Menschenverstand und all-

*AfD und Talkshows  
lieben Zoff*

tägliche Evidenzen. Das Format Talkshow ist nicht darauf ausgelegt, hier einen tatsächlichen demokratischen Diskurs abzubilden (siehe Gäbler 2011).

Besser dafür geeignet sind längere, dokumentarische Formen, in denen ein Thema multiperspektivisch bearbeitet werden kann. Das gilt auch für die Interviewformen. Immer wieder bedauert wird ja, dass es Gesprächsformate, wie sie einst Günter Gaus „Zur Person“ (etwa mit der Philosophin Hannah Arendt; siehe Anhang, Videos) führte oder „Zu Protokoll“ gab (etwa mit Rudi Dutschke, siehe Anhang, Videos), im heutigen Fernsehen nicht mehr gibt. Aber warum soll man sie nicht neu schaffen? Beide Seiten haben in einem solchen längeren Format eine faire Chance, sich durchzusetzen und Argumente zu Gehör zu bringen. Eine ähnliche Ausführlichkeit ist auch für Streitgespräche und inhaltliche Konfrontationen denkbar. Der Spiegel-Journalist Jan Fleischhauer hat völlig recht, dass es ein Armutszeugnis für die intellektuelle Linke ist, wenn auf Theaterbühnen und in Polit-Salons angesetzte Gespräche mit AfDlern nach Protesten und Boykottaufrufen abgesetzt werden (Fleischhauer, Spiegel Online, 13.03.2017). Sollen die Vorzeigeeinsteigerinnen und die journalistischen Avantgardisten doch einmal zeigen, was sie können: große Debatten statt Talkshow-Kleinklein. Wenn schon nicht in der ARD oder im ZDF, dann doch bitte auf Phoenix, 3Sat oder im Deutschlandfunk zur besten Sendezeit – Sloterdijk-Schüler und AfD-Ideologe Marc Jongen gegen Richard David Precht; Götz Kubitschek versus Bernd Ulrich, stellvertretender Chefredakteur der „Zeit“; oder auch

ein politisches Streitgespräch über 45 Minuten zwischen Frauke Petry und Cem Özdemir.

## 2.4 Die Oppositionsfalle

Im ARD-Dokumentarfilm „Nervöse Republik“ fragt Stephan Lamby (siehe Anhang, Videos) den damals noch amtierenden Herausgeber der „Bild“-Gruppe, wie diese über die AfD berichte. „Wir berichten kritisch über die AfD“, erklärt Kai Diekmann, „weil wir das Gefühl haben, dass in der AfD gefährlicher – weil zum Beispiel antisemitischer – Populismus steckt. Dazu gehören aber auch viele ausländergefeindliche Äußerungen. So etwas ist brandgefährlicher Populismus – und das wird von uns bekämpft“ (siehe ebd., Min. 53:00 ff.). Diekmann verwendet hier also die Rhetorik der „Bekämpfung“. Das ist etwas anderes als Aufklärung und in der Regel nicht die Aufgabe der Medien. Journalisten, die über die AfD berichten, sind keine Aktivisten, um ihr Einhalt zu gebieten. Ihr Job ist es deshalb auch, Berichte, Analysen und Kommentare zu verfassen, nicht aber Resolutionen zu unterschreiben. Denn auch über mögliche Gegenaktionen sollen sie schreiben oder Filme produzieren, nicht Teil davon sein.

Als Donald Trump in den USA die Regierungsgeschäfte übernahm, beeilte er sich, die Presse zur eigentlichen Opposition zu erklären. Damit schmähte er die tatsächliche politische Opposition als bedeutungslos und wies den Medien eine Rolle zu, für die er sie sogleich kritisieren konnte. Es wäre fatal gewesen, wenn die „New York Times“ oder die „Washington Post“ diese ihr zugewiesene Rol-

### Ausführliche Streitgespräche fehlen

le – womöglich gar geschmeichelt oder dankbar – angenommen hätten. Sie haben es nicht getan, aber gleichwohl unbeirrt weiter faktenreich und kommentierend ihre Funktion als Aufpasser wahrgenommen.

Vielleicht geht Kai Diekmann mit solchen Kategorien aber auch eher spielerisch um. Als Bundeskanzlerin Angela Merkel im Dezember 2013 ihr Kabinett für eine Regierung der Großen Koalition bekanntgab, textete „Bild“ wenig später: „Liebe Große Koalition, wir sind jetzt Eure APO“, und ließ sich auch gleich mit einigen Devotionalien der 68er-Bewegung ablichten. Vermutlich war dies eher Ironie als eine ernsthafte Selbstzuschreibung. In einer Demokratie jedenfalls sollten Medien aller Art, deren Selbstverständnis als „vierte Gewalt“ im Staat schon eine Übertreibung ist, ein derartiges falsches Rollenbild zurückweisen. Die politische Opposition ist klar definiert. Sie gehört zum demokratischen System selbst dann, wenn sie sich systemkritisch und außerparlamentarisch artikuliert. Medien können und sollen unter halbwegs normalen Umständen nicht die Rolle von politischen Bewegungen oder gar politischen Parteien übernehmen. Das kann in Ausnahmesituationen anders sein: In Diktaturen, wenn Organisationen verboten werden und sich kritische Geister dann nur noch um kritische Publikationen scharen, kann den Medien eine neue Bedeutung zuwachsen. Ohne Not aber sollte kein Medium die Rolle einer politischen Opposition annehmen oder sich in diese drängen lassen.

Das heißt auf keinen Fall, dass Journalismus unpolitisch sein soll. Aber er ist auch nicht

identisch mit Politik. Dem journalistischen Handwerk kann dann am besten nachgegangen werden, wenn die Berichterstattung in alle Richtungen unabhängig ist. Wer über die Flüchtlingspolitik der AfD kritisch berichtet, muss keineswegs im Gegenzug automatisch Merkels Humanismus bewundern. Auch wer das europäische Einigungswerk generell für eine positive Entwicklung hält, muss deswegen nicht jeden Winkelzug der EZB begrüßen. Wer versteht, dass die Länder des Baltikums den Schutz der Nato suchen, kann dennoch kritisch über diese berichten. Die Attacken der AfD gegen „Political Correctness“ und „Genderwahn“ kann auch sprachkritisch beleuchten, wer die Installation von Unisex-Toiletten in der öffentlichen Verwaltung nicht für eine Priorität der Landespolitik hält.

Solche Unabhängigkeit ist auch deshalb wichtig, weil mit dem Erstarken des Rechtspopulismus einhergeht, dass dieser als Schreckgespenst genutzt wird, um unliebsame Kritik abzuwehren. Wer mit der Angst der Menschen vor Altersarmut Politik mache, treibe sie nur in die Arme der AfD, heißt es dann. Das Plädoyer für offene Grenzen ist nicht nur ein menschliches Gebot, sondern nutzt auch unserer Exportwirtschaft. Ein unabhängiger Journalismus wird sich bemühen, die materiellen Interessen offenzulegen, die hinter moralischen Interventionen lauern.

Was viele Leser, Hörer und Zuschauer stört, ist eine moralische Vorverurteilung – insbesondere, wenn diese an die Stelle eines kenntnisreichen Urteils in der Sache tritt. Gerne möchten sie lernen, aber weniger gerne möchten

*Materielle Interessen  
hinter moralischen  
Urteilen offenlegen*



sie belehrt werden. Verräterisch verhalten sich Journalisten immer dann, wenn sie zu einer Fülle von Attributen und Charakterisierungen ihres Berichtsgegenstandes greifen, noch bevor der eigentliche Bericht erstattet wurde.

*Journalisten sind weder Aktivisten noch Moralapostel. Und auch die Rolle der Opposition im demokratischen System kommt anderen zu.*

## 2.5 Volk, Nation, Identität – sich den Begriffen der Rechtspopulisten widmen

Zwischen Politik und Journalismus gibt es im Umgang mit dem Rechtspopulismus einen wesentlichen Unterschied. Die Politik kann Ablenkungsmanöver starten und versuchen die Menschen zu beruhigen, ohne ihrer Bewusstseinsverfassung wirklich auf den Grund zu gehen. So versichert die Bundeskanzlerin lapidar, dass Deutschland schon Deutschland bleiben werde.

Journalismus kann sich damit nicht begnügen – sein Ideal steht im Kopf der in Berlin erscheinenden Zeitung „Tagesspiegel“: „rerum cognoscere causas“ – den Dingen auf den Grund gehen. Folglich muss es auch eine Auseinandersetzung mit den zentralen Begriffen der AfD geben. Dem Programm und allen wichtigen Reden auf Parteitagen ist sofort zu entnehmen, worum die Gedanken der AfDler kreisen und was sie zusammenhält: Volk, Nation und Identität sind ihre Bezugspunkte. Bei allen unterschiedlichen Akzentsetzungen, Tonlagen und Konsequenzen herrscht hierin Über-

einstimmung: Die Anrufung und Bezugnahme auf „das Volk“ impliziert dessen Einheit und sieht seine Existenz als bedroht an. Melanie Amann weist zu Recht darauf hin, dass Thilo Sarrazin mit seinem Bestseller „Deutschland schafft sich ab“ mit großer Resonanz „geistig vorsortiert“ habe, was sich die AfD dann zunutze machte (Amann 2017: 31).

Man kann einen noch größeren geistesgeschichtlichen Bogen spannen. Es gab davor bereits Armin Mohler (Weiß 2017: 39 ff.) und neurechte Publikationen wie „Criticon“ und „Mut“. Alexander Gauland schrieb schon für „Criticon“, als er noch Mitglied der CDU war. Henning Eichbergs 1979 gegründete Zeitschrift „wir selbst“ nannte sich national-revolutionär und kann als Vorläufer der heutigen „Identitären Bewegung“ gedeutet werden (Weiß 2017: 33). Karlheinz Weißmann förderte einst Götz Kubitschek, und im von Hans Filbinger eingerichteten Studienzentrum Weikersheim knüpften völkische Nationalisten Fäden zu rechtskonservativen Kreisen. Vor deren Einfluss auf die politische Mitte und die Unionsparteien warnte schon Mitte der 1990er Jahre ein Politiker wie Friedbert Pflüger, der fürchtete, dass „Deutschland driftet“. Es gibt Kontinuitätslinien aus der alten Bundesrepublik, ja eine regelrechte „Familienaufstellung“ der „Neuen Rechten“ (Weiß 2017: 15 ff.) und eine neue Entwicklung: „Man will nicht mehr in globalen Strömen schwimmen, sondern das eigene Territorium vor der ‚Überflutung‘ durch diese Ströme schützen“ (Groys, Zeit Online, 14.01.2017). Solidarisch fühlt man sich mit den Nächsten, mit jenen, die auf gleichem Territo-

*Das reine Volk ...*



rium leben und hier als Souverän das Sagen haben. Damit ist die Frage aufgeworfen: Wer ist überhaupt das Volk?

Die Frage nach dem „deutschen“ Volk führt nur in eine Tautologie, weil „deutsch“ ursprünglich nichts anderes bedeutet als „Volk“ (vgl. Zorn 2017: 229). Bemerkenswert ist, dass jene, die beschwören, sich gegen eine „Umvolkung“ zur Wehr zu setzen oder das Land ihrer Mütter und Väter bewahren zu wollen, über eine erstaunliche Sicherheit verfügen, wenn sie vom „Volk“, ihrer Nation oder „Identität“ sprechen, während all diese Begriffe umkämpft sind, in ihrer Definition fluid oder sich historisch verändert haben.

„We the people of the United States“, so beginnt die Präambel der US-Verfassung von 1787, die einen bewussten Gründungsakt markiert. In Deutschland geschieht dies erst im Jahr 1919. Erst die Weimarer Verfassung legt fest, dass die Staatsgewalt vom Volk ausgeht. In der US-Verfassung beschreibt sich das Volk als kollektives Subjekt zwar uneingeschränkt als Souverän, aber nicht als omnipotent. Die eigene Repräsentation wird gebändigt in einem komplexen föderativen System von „Checks and Balances“, das die Dominanz einzelner Institutionen verhindern soll. Die Weimarer Republik hat es noch nicht einmal geschafft, verbindliche staatliche Symbole hervorzubringen. Mit den Institutionen, den „intermediären Instanzen“, die Repräsentation und Partizipation vermitteln, artikulierte Interessen moderieren und in Politik überführen sollen, steht natürlich auch sogleich der Vorwurf der „Entfremdung“ im Raum: Institutionen verselb-

ständigten sich, Repräsentanten seien abgehoben und nur noch an Eigeninteressen orientiert, die Rückkopplung zum Volk sei gekappt. Das ist der Ursprung aller „Eliten-Kritik“. Für Cas Mudde ist Populismus „eine Ideologie, die davon ausgeht, dass die Gesellschaft in zwei homogene, antagonistische Gruppen getrennt ist, das ‚reine‘ Volk und die ‚korrupten‘ Eliten“ (Mudde/Kaltwasser 2013: 8). Daraus resultiert der moralische Alleinvertretungsanspruch der Populisten, die immer zwischen dem „guten Volk“, das sie repräsentieren, und den „schlechten Eliten“ trennen. Anders als etwa bei Liberalen oder Marxisten, in deren Weltbild auch ein korrumpiertes Volk vorstellbar ist, ist des Volkes Wille für die Rechtspopulisten per se moralisch rein.

Wenn es nicht irgendeinen Punkt gäbe, in dem alle Interessen übereinstimmen, könnte es keine Gesellschaft geben, glaubte Rousseau. Dieser „Volonté générale“ sei mehr als die Addition von Einzelinteressen, er binde die Gemeinschaft. Jede Idee von der Homogenität des Volkes, der Mythos seiner Einheit, geht im Grunde auf Rousseau zurück. Nicht zu bannen aber ist so die Gefahr, dass auch bei einer entfalteten Demokratie eine selbstsüchtige Mehrheit eine Tyrannei über alle anderen errichten kann.

Moderne Demokratietheorien warnen deswegen davor, die empirische Vielgestaltigkeit des Volkes hinter der Einheitlichkeit des Begriffs aus dem Blick zu verlieren (Wildt 2017: 127 ff.). Sie ist die Basis für ein komplexes System von Regeln und Gesetzen, von pluralen Institutionen und wechselseitigen Kontrollen,

*... und die korrupten  
Eliten*

durch die das Volk seine Macht ausübt. So soll die in der Idee der Volkssouveränität liegende „Sprengkraft“ abgemildert werden. Die Definition, wer das Volk ist, ist also gerade in einer Demokratie von zentraler Bedeutung.

Alle, die den Begriff „völkisch“ rehabilitiert sehen wollen, betrachten das Volk als Abstammungsgemeinschaft, wollen es als ethnische oder sogar biologisch geprägte Einheit verstanden wissen. Typisch ist diese ethnische Definition historisch eigentlich für Völker, die noch Staat werden wollen. Ausführlich zeigt Michael Wildt, dass auf Territorien und Staat bezogene „Entscheidungen über ethnische Zugehörigkeiten erst die Probleme schaffen, die sie zu lösen versprechen“ (Wildt 2017: 46). Wer auf eine Abstammungsgemeinschaft pocht, kann den Begriff „Volk“ natürlich hochgradig moralisch aufladen. Ein Reinheitsgebot ist fast folgerichtig die Konsequenz aus dieser Definition. Eine harte Exklusion der Nichtzugehörigen ist in ihm angelegt. Dem selbstgewiss intonierten „Wir sind das Volk“ folgt dann rasch ein schroffes: „Ihr nicht!“ Da aber niemand rational begründen kann, was denn der Ursprungspunkt der Abstammung sein soll, löst sich der Begriff des „deutschen Volkes“ völlig von der empirischen Bevölkerung. Als Bundeskanzlerin Angela Merkel einmal lapidar feststellte, Deutsch seien doch alle, die hier wohnen, brach in den Reihen der AfD ein Sturm des Entsetzens los. Sie konnten eine solche Profanierung ihres heiligen Begriffs nicht ertragen. Das Volk ist in der Diktion der Rechtspopulisten keine klar konturierte politische oder soziologische Kategorie, sondern

eine überhöhte „metapolitische Illusion“, wie Jan-Werner Müller (2016: 58) den Rechtstheoretiker Hans Kelsen zitiert, die Fiktion eines Volkes, das empirisch überhaupt nie auffindbar ist.

Eine biologische Begründung stempelt die Andersartigkeit des Anderen dann zu einer fixen, genetisch festgelegten Differenz, quasi einer Naturtatsache. Ist es in einer irgendwie metapolitisch aufgefassten Gemeinschaft immerhin noch möglich, Zutritt zu erlangen, zum Beispiel als Lohn für geleistete Anpassung, folgt aus jedem Biologismus automatisch eine Politik der Segregation.

Allen Rechtspopulisten ist der ursprünglich von Dolf Sternberger entwickelte und von Jürgen Habermas präzisierende Begriff des „Verfassungspatriotismus“ in seiner Nüchternheit höchst suspekt. Es muss doch etwas Höheres geben als das Recht! Dass das Volk selbst einfach aushandeln und beschließen können soll, wer zu ihm gehört, ist für sie zu viel der Entmystifizierung. Im Zentrum eines solchen Denkens von Volk und Volkssouveränität stünde nämlich nicht mehr eine überhöhte Gemeinschaft, sondern der einzelne Mensch, der das Recht hat, Rechte zu haben – wie Hannah Arendt diesen Ansatz im neunten Kapitel ihrer Schrift „Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft“ formulierte (Arendt 1986: 422-470). Sie hatte zeitlebens einen Horror vor der Rechtlosigkeit, die sie als Staatenlose im Exil erlebt hatte.

Für die AfD sind laut Grundsatzprogramm Abstammung und Kultur zentral für die Zugehörigkeit. „Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift“, „Achtung und gelebte

*Das Volk als „metapolitische Illusion“*

Bejahung unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung“ sowie der „Verdienst des eigenen Lebensunterhalts“ sind Voraussetzung für die Eingliederung in die deutsche Gesellschaft. Ihr Ideologe Marc Jongen ergänzt: „Die Identität des Volkes ist eine Mischung aus Herkunft, aus Kultur und aus rechtlichen Rahmenbedingungen. Der Pass allein macht noch keinen Deutschen. Als AfD sind wir deshalb dafür, das sogenannte Abstammungsprinzip im Staatsbürgerrecht [...] wieder einzuführen“ (Jessen/Mangold, Die Zeit, 09.06.2016). Problematisch wird es immer, wenn eine kulturelle Grenzziehung mit der Einschränkung politischer Rechte verbunden wird oder gar durch das Grundgesetz ausdrücklich gesicherte Rechte zu einem religiösen Bekenntnis mit der Staatsbürgerschaft verknüpft werden. „Die Behauptung, eine Muslima oder ein Muslim seien aufgrund ihrer Religion kulturell nicht in der Lage, Demokrat zu sein“, stellt Michael Wildt fest, „widerspricht dem demokratischen Grundversprechen, die Freiheit und Gleichheit aller zu achten“ (Wildt 2017: 126). Die politische Ordnung muss nur gewährleisten, dass jeder als freier Mensch nach seiner eigenen Fassung selig werden kann.

Aber auch eine nichtethnische und nichtbiologische Idee von Volk, Volkssouveränität und Staatsangehörigkeit birgt einige Probleme. Wenn das Volk in einer ausdifferenzierten Demokratie nur in Gestalt vieler Einzelner mit unterschiedlichen Interessen auftritt, wie kann es dann im Singular das Subjekt sein, von dem alle staatliche Gewalt ausgeht? Michael Wildt zitiert den Staatsrechtler Friedrich Müller, der etwas spöttisch bemerkte, er würde gern an

diesem Verfassungsgebot, alle Gewalt habe vom Volk auszugehen, „vorbeiwinken“ (Wildt 2016: 133). „Demokraten müssen schlicht akzeptieren“, schreibt Jan-Werner Müller, dass das Volk als solches sich nie ganz fassen lässt“ (Müller 2016: 60), denn das Volk im Ganzen ist nicht beschluss- oder handlungsfähig. Gleichwohl gibt es immer wieder historische Momente, in denen das Volk seine Macht zur Geltung bringt, historische Brüche erzeugt oder neue Staatsformen und Rechtsetzungen erzwingt. Dann betritt „das Volk“ die historische Bühne, weil alle glauben, dass es sich – ob auf der Leipziger Montagsdemo, dem Tahrir-Platz in Kairo oder dem Kiewer Maidan – selbst repräsentiert. Die populistische Herausforderung kann also immer auch als Hinweis auf die Brüchigkeit der alten Ordnung, auf Lücken der Repräsentation, auf die Notwendigkeit der Demokratie, sich permanent zu erneuern und über Möglichkeiten der Partizipation nachzudenken, gelesen werden.

Das Problem, dass alle Gewalt vom Volk ausgeht, dieses aber nicht als Einheit beschließen kann, wer es ist, spiegelt sich im Verhältnis von Staat und Bürger wider. Daniel-Pascal Zorn schildert ausführlich dieses sogenannte „Böckenförde-Dilemma“ (Zorn 2017: 242 ff.). Der die Grundrechte garantierende Staat kann seine Bürger nicht dazu zwingen, Freiheit statt Unterwerfung zu wählen; dann würde er sie ja schon unterwerfen. „Der freiheitliche Staat“, schreibt der Staatsrechtler Ernst-Wolfgang Böckenförde, „lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“ Das Wagnis der Freiheit sieht er fundiert in der „moralischen

*Das Wagnis der Freiheit*

Substanz des Einzelnen“. Aus ihr erwächst die Verantwortung des demokratischen Individuums, sich in die Gemeinschaft einzubringen. Darauf gründet der freiheitliche Staat. Das ist eine große Verantwortung.

In diesem Sinne kann das moderne Volk letztlich nur als eine Gesellschaft der Singularitäten auf der Basis gleicher Rechte aufgefasst werden. Damit lässt sich nicht so sicher auftreten wie mit den starren Begriffsklötzen der Rechtspopulisten, die immer schon scharfkantig wissen, wen sie als kondensierte, wahre Stimme des Volkes zu vertreten gedenken und wer nicht dazugehört. Es kann aber allen Versuchen eine Absage erteilt werden, die Zugehörigkeit zum Volk zu privilegieren. Oder wie Michael Wildt resümiert: „Es gibt keine kulturelle, religiöse, ethnische oder gar rassistische Exklusion“ (Wildt 2017: 139).

*Zur journalistischen Beschäftigung mit der AfD gehört also unbedingt die theoretische Auseinandersetzung mit den zentralen Kategorien, auf die sich diese Partei beruft. Ein Journalist braucht auch einen Begriff vom Gegenstand seiner Betrachtung.*

## 2.6 Die Framingfalle

Die Aufforderung, sich den Begrifflichkeiten der Rechtspopulisten zuzuwenden, ist ein Plädoyer für Auseinandersetzung, keineswegs für distanzlose Übernahme. Justus Bender berichtet, dass ihm der thüringische AfD-Landesvorsitzende Björn Höcke auf einem Bundesparteitag an einem Bistrotisch einmal seine Absicht

verraten habe. „Er sagte, dass die Verschiebung der Grenzen des Sagbaren eines seiner Ziele sei. Dass man in der Politik schon dadurch Erfolge erzielen könne, wenn man so lange Tabubrüche begehe, bis sich die Menschen daran gewöhnt hätten“ (Bender 2017: 203). Um diese „Shifting Baselines“, das Verschieben der Koordinaten der politischen Kommunikation, geht es, wenn Alice Weidel theatralisch das Ende der „Political Correctness“ beschwört oder Jörg Meuthen Akif Pirinçis Formulierung vom „rot-grün verseuchten 68er-Deutschland“ übernimmt (Meuthen zit. in SZ, 30.04.2016). Die Grenzen des Sagbaren sind oft ein unausgesprochener Konsens des Anstands und des Respekts. Dieser wird mit dem Gestus, nun endlich einmal einer bisher unterdrückten Stimmung sprachlich Ausdruck zu geben, bewusst gebrochen.

Kraft gewinnt eine solche Auseinandersetzung immer dann, wenn die „Political Correctness“ dazu dient, eine Doppelmoral zu kaschieren. Für andere Menschen werden dann moralische Leitsätze formuliert, denen man sich selbst nicht zu unterwerfen gedenkt. Ein klassisches Beispiel lautet: Grundschullehrer im sozialen Brennpunkt diskutieren, ob es zum besseren Spracherwerb nicht sinnvoll wäre, die Zahl der Migrantenkinder pro Klasse zu begrenzen. Gegen sie wird der Verdacht der Ausländerfeindlichkeit erhoben – ausgerechnet von jenen Besserverdienenden, deren Kinder wie selbstverständlich Eliteschulen mit geringem Ausländeranteil besuchen. Kritische Journalisten sollten immer prüfen, ob sich hinter einem besonders moralisierenden

Sprachgebrauch nicht ganz profane Interessen verbergen.

Ein Indiz für die Verschiebung des Sagbaren sind immer grobe Beschimpfungen – wie etwa Bilder aus dem Bereich der Krankheiten („verseucht“) oder auch Tiervergleiche, sowie das Bestreben, historisch kontaminierte Begriffe zu rehabilitieren. „Der Begriff ‚völkisch‘“, erklärt die Parteisprecherin Frauke Petry dann scheinbar naiv, „sei letztlich ‚ein zugehöriges Attribut‘ zum Wort ‚Volk‘“ (zit nach: Niehr, bpb.de, 16.01.2017). Der große Sprachkritiker Victor Klemperer bemerkte in seinen Beobachtungen zur Sprache des „Dritten Reiches“ (Lingua Tertii Imperii): „‚Volk‘ wird jetzt beim Reden und Schreiben so oft verwandt wie Salz beim Essen, an alles gibt man eine Prise Volk: Volksfest, Volksgenosse, Volksgemeinschaft, volksnah, volksfremd, volksentstammt ...“ (Klemperer 2007: 45). Jetzt schon hat es der Begriff „Volksverräter“ zu neuer Popularität gebracht. So wurden auch Bundespräsident Joachim Gauck und Bundeskanzlerin Angela Merkel bei ihrem Dresden-Besuch am Tag der Deutschen Einheit 2016 beschimpft.

Durch viele Interviews hat die in Berkeley lehrende Linguistin Elisabeth Wehling auch bei uns den Begriff des „Framing“ bekannt gemacht (Wehling 2016). Unermüdlich macht sie darauf aufmerksam, dass nur ein Teil unseres Denkens bewusst geschieht. Untersuchungen zeigen: Wer einen Text über einen Geparden liest, handelt auch schneller als der Leser eines Schildkröten-Textes. „Bei einer Operation ist das Sterberisiko 10 Prozent. Es werden weniger Menschen zustimmen, als wenn man

ihnen sagt, die Überlebenschance betrage 90 Prozent“ (Wehling, Interview, SZ, 31.12.2016). Der „Frame“ ist also ein Rahmen, in den Themen eingebettet sind. „Über die Sprache erhalten Fakten einen Deutungsrahmen. Und mit dem interpretieren Menschen alle Fakten“, erläutert die Linguistin (ebd.).

Es kommt also für unabhängige Journalisten einerseits darauf an, sich selbstkritisch zu prüfen, ob sie nicht unbewusst in der Wortwahl Anpassungsprozesse an die sich verschiebenden Grenzen des Sagbaren mitvollziehen. Bereits der noch recht unverdächtige Begriff der „Altparteien“ könnte ein Indiz dafür sein. Eine argumentative Kritik an der Idee, dass „Geschlecht“ auch immer etwas mit gesellschaftlichen Zuschreibungen zu tun hat, ist etwas anderes als Widerstand gegen den „Genderwahn“. An der „Willkommenskultur“ gegenüber Flüchtlingen war sicher manches naiv, dennoch ist es mehr als Polemik, wenn über „die wohlmeinenden Willkommensmedien“ einerseits gelästert wird und die Flüchtlinge mit Bildern von „Strömen“, „Flut“ oder gar „Invasion“ belegt werden. Das ist „Framing“.

Von einer „Überrollung“ spricht Peter Sloterdijk und schreibt im „Cicero“: „Jetzt entscheidet der Flüchtling über den Ausnahmezustand.“ Was Beatrix von Storch weiter radikalisiert: „Wer das HALT an unserer Grenze nicht akzeptiert, der ist ein Angreifer. Und gegen Angreifer müssen wir uns wehren“ (zit. nach: von Lucke, Blätter für deutsche und internationale Politik, März 2016). Albrecht von Lucke diagnostiziert ein fatales „Hantieren mit dem Ausnahmezustand“ und eine „doppelte,

*Die Grenzen des Sagbaren verschieben*

*„Überrollung“, Angreifer, Invasoren*

politisch wie kulturelle, Rechtsverschiebung“ (ebd.). Horst Seehofers Satz von der „Herrschaft des Unrechts“ sei nahe daran, eine Legitimation der Selbstjustiz zu insinuieren. Auf jeden Fall führt dieses „Framing“ des Flüchtlingsthemas als Aufhebung des Rechts, Aufgabe staatlicher Souveränität und Auslieferung an „Angreifer“ dazu, dass die Fluchtursachen weitgehend aus dem Diskurs verschwunden sind. Dass die Flüchtlinge fast durchgängig nur noch Objekt „unserer“ gesellschaftlichen Selbstverständigung sind und gar nicht mehr eingeladen werden zur eigenen Interessenartikulation, fällt schon kaum noch auf.

Die AfD hat hier erreicht, was sie zeigen will: Sie kann die Politik verändern. Die Anderen passen sich ihrer Rhetorik und ihren Forderungen an. De facto wird das Asylrecht in vielen Diskussionen schon behandelt, als sei es kein Grund-, sondern ein Gnadenrecht, zu dem es Frauke Petry aber erst machen will.

Eine der absurdesten und völlig unreflektierten Übernahmen der AfD-Rhetorik erfolgte rund um den Kölner Parteitag. Rund um die Uhr meldeten alle Nachrichtensendungen, Frauke Petry sei mit ihrem „realpolitischen Kurs“ gescheitert. In vielen Interviews konnten AfD-Kenner wie Melanie Amann noch so sehr dagegen argumentieren – sie drangen nicht durch. Gedankenlos übernahmen Journalisten die Selbstbeschreibung der AfD. Dabei lautete der Ausgangspunkt der Überlegungen von Frauke Petrys „Zukunftsstrategie“, dass sie im Jahr 2021 mit der AfD als stärkste Kraft in den Bundestag einziehen wolle, um dort Seniorpartner einer Koalitionsregierung

zu werden – so schön absurd kann „Realpolitik“ sein.

*Journalisten sollten sorgsam auf ihre Sprache achten und sich nie benehmen wie Papageien.*

## 2.7 Demos und Populus – gar nicht so einfach

„Demos“, das Volk, das unserer Demokratie den Namen gab, ist griechisch. „Populus“, das Volk, aus dem sich der Populismus herleitet, ist lateinisch. Nur das ist zunächst der Unterschied zwischen beiden Begriffen. Griechisch scheint irgendwie höherwertig zu sein als Latein. Worin aber besteht tatsächlich der Unterschied?

Der Populismus wird vor allem als Gefahr für die Demokratie wahrgenommen. Manche Autoren stellen diese Sicht in Frage und wollen den Populismus nicht als potenziellen Totengräber der Demokratie vorverurteilen. Sie veredeln ihn deswegen zu einem nützlichen Korrektiv. Typisch dafür ist z. B. Harald Martenstein, der in einem Artikel, in dem er bekennt, nicht mehr die Grünen zu wählen, u. a. schreibt: „Im Kern handelt es sich beim ‚Populismus‘ also nicht um etwas zwangsläufig Rechtes, sondern um die Sehnsucht nach mehr Demokratie, nach weniger Apparatschiks, weniger Taktieren und mehr klaren Worten“ (Martenstein, Tagesspiegel, 27.04.2017). Dass Populismus nicht immer „rechts“ sein muss, zeigt sich insbesondere in Südeuropa und Südamerika, wo es ausgesprochen „linke“ populistische Bewegungen und Parteien gibt.



Immer aber ermuntert er konservative Kräfte zu positiven Bezugnahmen. Claus Strunz vertritt den Axel Springer Verlag in unterschiedlichen Fernsehformaten. In der Talkshow „Maischberger“ bezeichnete er sich am 14. Dezember 2016 (siehe Anhang, Videos) als „Freund des Populismus“, denn dieser sei das „Viagra einer erschlafte Demokratie“, und *Welt*-Chefredakteur Ulf Poschardt verkündet apodiktisch: „Populisten beleben die demokratische Kultur“ (Poschardt, *Die Welt*, 12.05.2017).

Gilt das tatsächlich auch für den in unseren Breitengraden entstandenen Populismus? Bringt er die Demokratie erst richtig auf Trab? Ist er ein Stachel in ihrem Fleisch? Wirkt er in ihr als Korrektiv? Oder ist er im Wesentlichen undemokratisch und als die dunkle Seite der Demokratie zu charakterisieren?

Zur Verblüffung vieler linker Kritiker gehört zum Portfolio der AfD ein Bündel von Forderungen, die auf den ersten Blick radikaldemokratisch klingen. Da heißt es etwa: „Wir wollen dem Volk das Recht geben, über vom Parlament beschlossene Rechte abzustimmen“ (AfD-Grundsatzprogramm 2016: 9). Auch soll es bei allen Wahlen grundsätzlich die Möglichkeit geben, zu panaschieren und Stimmen zu kumulieren. Weil sie sich in kurzen Berichten damit schwertun, neigen manche Journalisten dazu, solche Forderungen einfach zu verschweigen. Andere – wie Justus Bender – machen eine Theorie daraus und entwickeln unter Rückgriff auf Platon die These, der radikaldemokratische Überschwang sei so groß, das sich daraus totalitäres Denken entwickle, der „Freiheitsrausch“ autoritäre Züge annehme (Bender 2017: 27-36).

Wichtig ist tatsächlich die Begründung für die direktdemokratischen Forderungen. „Die Allmacht der Parteien und deren Ausbeutung des Staates gefährden unsere Demokratie“, heißt es im AfD-Grundsatzprogramm (2016: 11) ebenso lapidar wie pauschal. Das Volk wählt den Bundestag als Legislative. Die Gesetze aber sollen allzeit durch erneute Volksabstimmungen revidierbar sein. Das Plädoyer für direkte Demokratie geht immer einher mit einem Misstrauensvotum gegen das Parlament oder allgemeiner gesagt: gegen alle vermittelnden Institutionen der repräsentativen Demokratie. Gegen deren potenzielle Zumutungen geht die AfD schon vorab eine Selbstbindung ein: Die Einführung von Volksentscheiden ist für die AfD „nicht verhandelbarer Inhalt jeglicher Koalitionsvereinbarungen“ (ebd.: 9).

Warum lehnt die AfD alle „intermediären Instanzen“ so heftig ab? Die Idee der repräsentativen Demokratie geht von einer Vielzahl unterschiedlicher Interessen der Staatsbürger aus. Sie artikulieren diese durch zivilgesellschaftliches Engagement, in politischen Bewegungen oder organisieren sich in Parteien, welche die Einzelinteressen mit der Selbstverwaltung der gesamten Gesellschaft vermitteln. Auch wenn Parteien in ihrer Programmatik aufs Ganze zielen und nicht nur zur politischen Willensbildung beitragen, sondern auch Formationen zum Machterwerb sind, tragen sie in sich doch das Partikulare. Sie sind nur ein Teil, stehen für etwas Besonderes und mit anderen Parteien im Wettbewerb. Vom Parlament bis zur Verwaltung, von der Organisation der Abgeordneten in Fraktionen und ihrer Nichtgebundenheit

*Direkte Demokratie als  
Misstrauensvotum  
gegen das Parlament*



an imperative Mandate bis zur Überprüfung beschlossener Gesetze durch das Bundesverfassungsgericht dienen all diese Regeln, „Apparate“ und Instanzen dazu, die Vielzahl der Interessen zu moderieren. Das ist letztlich die Transformation von Protest in Politik.

Schon die linke Kritik an diesen moderierenden Verfahren lautete, dass sie letztlich nur der Repression dienen, um – zum Zwecke des Systemerhalts – die „Beteiligung der Massen“ (Johannes Agnoli) einzudämmen und die Widersprüche einzuhegen (vom „verwalteten Antagonismus“ spricht Ernesto Laclau). Was sich dagegen artikuliert, kann man mit Gustav Seibt einen „jakobinischen Affekt“ gegen „die Herrschenden“ nennen (Seibt, SZ, 04/05.05.2016). Der rechte Populismus greift also stellenweise auch Ideen auf, die aus der linken Kritik an der repräsentativen Demokratie stammen.

Das Parlament und unterschiedslos alle Parteien werden von der AfD auch deswegen ständig diskreditiert, weil diese den Pluralismus als Basis für deren Existenz nicht akzeptiert. Da sie von sich selbst die Vorstellung hat, das Volk in seiner Gesamtheit zu repräsentieren, sieht sie es auch nicht ein, sich als nur ein Element in einer Vielzahl von Organisationen des Partiellen einzuordnen. Man muss nicht die konkrete Arbeitsweise einzelner Parteien und Parlamente loben, um zu erkennen, dass es bei der permanenten Forderung nach Volksabstimmungen und Referenden durch die AfD gar nicht darum geht, einen ergebnisoffenen Diskussionsprozess unter den Wählern auszulösen und so neue Lösungen partizipativ zu erarbeiten, sondern um Bestätigung. Sie

treten nicht für die Installation runder Tische oder von Schlichtungsverfahren ein, vielmehr sollen die Bürger bitteschön noch einmal bekräftigen, wovon die Populisten immer schon ausgehen, dass nämlich nur sie imstande sind, den wahren Volkswillen zur Geltung zu bringen.

Wichtig ist allen Populisten dabei immer, eine direkte Bindung zwischen Volk und Repräsentant über alle zwischengelagerten Instanzen hinweg zu suggerieren. Beliebt ist bei ihnen deswegen die Figur des „Vertrags“ (Müller 2016: 45 f.). Ob Silvio Berlusconi in Italien, Jörg Haider in Österreich oder Christoph Blocher in der Schweiz – sie alle wollten immerzu „Verträge“ mit dem Volk schließen. Wie im Geschäftsleben ist Politik dann nur noch Erfüllung des geschlossenen Vertrags, wobei freilich verschwiegen wird, dass gar kein selbstständig agierender „Auftraggeber“ als Gegenüber existiert, sondern der „Vertrag“ eine Selbstermächtigung ist. Das Volk wird nur zitiert und keineswegs in seiner Vielfalt aktiviert.

Die Forderung der AfD nach Volksentscheiden und Referenden ist im Kern antipluralistisch. Offenkundig wird das, wenn sich die Exponenten des radikalen Flügels zur unmittelbaren Herrschaft des Volkes äußern. Der ehemalige Sprecher von Frauke Petry und Chef der „Jungen Alternative“ (JA), Markus Frohnmaier, fasst dies auf einer AfD-Kundgebung in Erfurt so zusammen: „Wenn wir kommen, dann wird aufgeräumt, dann wird ausgemistet, dann wird wieder Politik für das Volk und nur für das Volk gemacht – denn wir sind das Volk“ (siehe Anhang, Videos).

Gleichwohl kann diese „Billigvariante der Demokratie“ (Lepenies, SZ, 11.07.2003) eine Herausforderung für die Institutionen der repräsentativen Demokratie sein, selbst wenn man die Entfremdung zwischen Repräsentanten und Repräsentierten nicht als gegeben voraussetzt. Die Nachkriegsdemokratien in Westeuropa haben nach der Erfahrung mit faschistischen Massenbewegungen in ihren Systemen der repräsentativen Demokratie immer auch einen institutionellen Schutz vor zu viel direktem Einfluss von Massen eingebaut. Das reicht von Prozenhürden für den Zugang zum Parlament über hohe Hürden für Volksentscheide bis zur Schaffung spezieller Gremien. So hat in der Bundesrepublik die Bundesversammlung allein den Zweck, das Staatsoberhaupt zu wählen, welches in der Weimarer Republik noch direkt gewählt wurde. Auch eine Vielzahl von Selbstbindungen, die oft sogar per Grundgesetz festgezurr werden sollen und vom Tierschutz bis zur Schuldenbremse reichen, begrenzen den direkten Einfluss der Wähler. Interessanterweise genießen oft gerade jene Institutionen besonderes Vertrauen und gelten als besonders stabil und unabhängig, die von der unmittelbaren Einflussnahme der Bürger am weitesten entfernt sind. In allen Umfragen zum „Vertrauen“ schneidet das Bundesverfassungsgericht gut ab, obwohl das Verfahren zur Nominierung der Richter keineswegs sonderlich transparent ist.

Erst recht gibt es eine hochgradige Institutionalisierung bei geringem direktem Bürger Einfluss im Verhältnis zwischen Nationalstaat

und europäischen Institutionen. Jan-Werner Müller spricht sogar von „einem stahlharten Gehäuse eingeschränkter Demokratie“ (Müller 2016: 108). Die gegenseitigen Befugnisse sind ebenso ständig neu zu justieren wie die Regulierung der ebenfalls Macht produzierenden Märkte. Ob es dabei zu einem europäischen Finanzministerium kommen wird oder im Gegenteil wieder zu erhöhter Finanzautonomie der Nationalstaaten, ist noch nicht ausgemacht. Unwahrscheinlich aber ist eine einfache Rückkehr zum klassischen Nationalstaat. Um eine Renationalisierung der westeuropäischen Demokratien zu vermeiden, wird es auf jeden Fall einen Demokratisierungsschub in den europäischen Institutionen geben müssen.

Der Schlüssel für die institutionelle Erneuerung wird aber nicht bei einem als einheitlich vorgestellten Volk liegen, sondern die entscheidende Größe ist der Bürger. Die letzte Rede von Barack Obama war auch deswegen eine vorweggenommene Antithese zur Antrittsrede von Donald Trump, weil er eben nicht die historische Stunde des „Volkes“ ausrief, sondern an den Stolz des Einzelnen appellierte, sich Bürger nennen zu dürfen. Das sei das wichtigste Amt in der Demokratie.

Ähnlich äußert sich Wolf Lepenies in seiner Laudatio auf Navid Kermani: Jeder müsse so agieren, als ob sein Reden und Handeln von Bedeutung sei. Und er erlaubt sich etwas Pathos: „Die Demokratie ist die Staatsform der Nüchternheit. Kompromisse und kurze Fristen prägen ihren Alltag, Legitimität wird dem politischen Personal nur auf Zeit verliehen, der Machtwechsel ist Normalität. Nüchternheit

*Wichtigstes Amt in der Demokratie: der Bürger*

aber darf in der Demokratie, soll sie lebendig bleiben, nicht zu Kälte werden und die politische Willensbildung darf nicht zur Routine erstarren. Nicht alleine mit dem Verstand, auch mit dem Herzen muss die Demokratie akzeptiert werden, wenn sie überleben soll“ (Lepe- nies 2017: 7).

*In diesem Sinne sollte die populistische Herausforderung angenommen und über sie berichtet werden. Wenn die AfD Forderungen erhebt, die nach direkter Demokratie klingen, darf dies nicht verschwiegen werden. Es muss allerdings klar sein: Völkisch heißt nicht volksnah und populistisch nicht populär, aber der Populismus kann ein Licht auf kalte Routinen der Politik und Defizite der Demokratie werfen, selbst wenn er keine Antworten gibt, insbesondere nicht auf den Umgang mit der gesellschaftlichen Vielfalt.*

## 2.8 Sensible Sprache

Sofort reagieren Journalisten, wenn die Wörter Hitler oder Holocaust in den Reden von AfD-Politikern vorkommen. Das ist verständlich, weil sie auf Grenzüberschreitungen aufmerksam machen wollen. Wichtiger als Reflexe auf „Trigger Words“ ist aber der Kontext. So können auch scheinbar kleine Bemerkungen mindestens so skandalös sein wie das große Wort. Der AfD-Spitzenkandidat auf der nordrhein-westfälischen Landesliste für die Wahl zum Bundestag, Martin Renner, sagte zum Beispiel, der Bürger werde durch SPD und Grüne zum

„Systemsklaven“ (o.V., Bonner Generalanzeiger, 26.02.2017). Auf dem Kölner Parteitag leitete Jörg Meuthen seine Behauptung, Angela Merkel und Claudia Roth hätten kein Interesse, Deutschland zu erhalten, aus deren Kinderlosigkeit ab. Auch für solche Töne sollten Journalisten ein Sensorium entwickeln.

Moses Mendelssohn schrieb 1784: „Überhaupt ist die Sprache eines Volkes die beste Anzeige seiner Bildung, der Kultur sowohl als der Aufklärung.“ Seitdem ist Sprachkritik immer auch Herrschaftskritik. An zwei Vorbildern können sich Journalisten orientieren: Victor Klemperer und Dolf Sternberger. Klemperer notierte als „Lingua Tertii Imperii“ gewissenhaft die Sprachverschiebungen der Nazizeit. Denn die „Sprache dichtet und denkt nicht nur für mich, sie lenkt auch mein Gefühl, sie steuert mein ganzes seelisches Wesen“ (Klemperer 2007: 26). Dolf Sternberger verfolgte nach dem Zweiten Weltkrieg mit seinem „Wörterbuch des Unmenschen“ das Ziel: „Es soll uns diese Sprache [des Nationalsozialismus; d. Verf.] fremd machen“ (Sternberger u. a. 1989). „Die Barbarei der Sprache“, so Sternberger, „ist die Barbarei des Geistes, es gibt keinen Unterschied“ (ebd.: 21). In der unmittelbaren Nachkriegszeit kann er nur für zwei typische Wörter aus der NS-Zeit feststellen, dass sie nicht mehr positiv konnotiert sind: „fanatisch“ und „Härte“. Den Autoren des „Wörterbuchs“ geht es vor allem darum zu zeigen, wie sehr sich der Sinngehalt in der NS-Zeit kaum merklich, aber auf bezeichnende Art verändert hat und auch Wörter, die zunächst recht neutral klingen, doch ideologische Absichten beherbergen können.

Klemperer registriert die Prahlerei der NS-Sprache, die Tendenz zum permanenten Superlativ, die inflationäre Verwendung des Wortes Volk, einen technisch-funktionalen Sprachgebrauch, der dem Individuum jede Würde nimmt.

Die einfachste Schlussfolgerung für die Sprache des heutigen Journalismus ist sicherlich: Sie soll präzise sein und nicht subkutan Ideologie transportieren. Daher müssen auch die Beschreibungen zutreffend sein und die Sachverhalte stimmen. Wenn Pegida-Demonstranten durch die Stadt schlurften und es nur mühsam hinbekommen, ein paar Weihnachtslieder zu singen, dann ist das eben kein „Aufmarsch“. Wenn Frauke Petry sich in Koblenz mit anderen rechten Spitzenpolitikern aus Europa trifft, ist das nicht unbedingt schon eine „Großkundgebung“. Ein Aufschrei ging durch die Presse, als Alexander Gauland die Flüchtlinge angeblich „Barbaren“ genannt habe. Tatsächlich hatte Gauland einen Artikel in der Zeitschrift „Cicero“ gelesen, in dem Christoph Stölzl unter anderem das Missmanagement an den Grenzen des Römischen Imperiums gegenüber den umliegenden „Barbaren“ für den Untergang des Weltreichs mit verantwortlich machte (Stölzl, Cicero, Oktober 2015). Seitdem benutzt Gauland diese Erkenntnis in seinen Reden. Vorzuwerfen ist ihm also nicht das Wort „Barbaren“, sondern die unsinnige Analogie zwischen dem Römischen Imperium, dem ersten Universalreich, und der heutigen Bundesrepublik.

Beim Argumentieren und Beschreiben gelten für alle die gleichen Regeln. Das gilt erst recht für private „Enthüllungen“. Gerade wer

für sprachliche Sensibilität, Rücksichtnahme und Respekt plädiert, wird nicht – wie es Journalisten der Vereinigung Correctiv getan haben – die frühere Präsenz einer AfD-Kandidatin auf einer Onlineplattform für käufliche Liebe zum „Sex-Skandal“ einer „AfD-Spitzenpolitikerin“ hochjazzen (Winterbauer, meedia.de, 03.05.2017). Gegnerschaft legitimiert keinen Bruch des journalistischen Anstands.

Es war Thilo Sarrazin, der damit im Jahr 2009 in einem Interview mit „Lettre International“ anfang: „Ich muss niemanden anerkennen, der vom Staat lebt, diesen Staat ablehnt, für die Ausbildung seiner Kinder nicht vernünftig sorgt und ständig neue kleine Kopftuchmädchen produziert“, sagte er damals. „Welch hoffnungsloses Menschenbild“, empörte sich Sigmar Gabriel später, und die SPD bestellte ein Gutachten beim Moses-Mendelssohn-Institut, das rassistisches Gedankengut diagnostizierte (Gabriel, Die Zeit, 38/2010).

Etwas weniger erfolgreich als mit seinem „Deutschland-schafft-sich-ab“-Bestseller geht Sarrazin seitdem mit den Begriffen „Denkverbot“ und „Tugendterror“ hausieren. Diesen Topos greift die AfD als Partei geschlossen auf. Vorsichtiges Formulieren, Rücksichtnahme gar, gilt als Unterwerfung unter eine von der Obrigkeit diktierte Unterdrückung, jede Grobheit als endliche Befreiung von diesem Joch. Hier soll dem wahren und ursprünglichen Gefühl auch sprachlich wieder zum Durchbruch verholfen werden, als sei es nicht das Kennzeichen jeder Kultur, dem ersten Impuls und der naturwüchsigen Reaktion gerade nicht freien Lauf zu lassen. Deswegen kennt sie auch einen Unter-

*Jede Rücksicht gilt als Unterwerfung*

*Jede Grobheit gilt als Befreiung*

schied zwischen der geformten Schriftsprache und der freien Rede.

Obwohl viele AfD-Mitglieder einen hohen Bildungsstatus haben, gilt in dieser Partei: freie Bahn für freie Rede – so wie einem der Schnabel gewachsen ist. Damit einher geht die Relegitimierung des Augenscheins. Konrad Adam (Amann 2017: 162) will auf den ersten Blick sehen, wer Mann oder Frau ist – alles andere ist eine willkürliche Verkomplizierung. Und wenn Jörg Meuthen beim Gang durch die Karlsruher Innenstadt „nur noch vereinzelt Deutsche“ sieht, wie er in seiner Parteitagrede im April in Köln beklagte, dann hat er sich ja nicht die Pässe vorzeigen lassen, sondern er gibt vor, auf einen Blick zu sehen, wer Deutscher ist und wer nicht.

Die Evidenz des Augenscheins hat ihre sprachliche Entsprechung im „gesunden Menschenverstand“. Dass nur die eigene Wahrnehmung die Wirklichkeit erfasst, wird sprachlich dann gerne mit „dem gesunden Menschenverstand“ verbrämt. Die Konfrontation mit offenkundigen logischen Widersprüchen oder das Sich-Berufen auf nachprüfbar Fakten soll auf diese Weise zu einem abgehobenen, nur Experten interessierenden Diskurs erklärt und unterlaufen werden.

Mit ihrer Absage an einen politisch rücksichtsvollen und begrifflich exakten Sprachgebrauch sucht die AfD Anschluss an die sogenannten Wutbürger. Um die Trägheit der Deutschen zu überwinden, sagt AfD-Chefideologe

Marc Jongen, müsse man ihren „thymotischen“ Energielevel erhöhen. Wer wollte schon etwas gegen mehr Leidenschaft in der Politik sagen? Jongen aber lobt die „rebellischen Energien“ der „Abwehrreaktionen“ gegen „die arrogante Politik des Staates“. Denn ansonsten „stellt man in einem übertriebenen, letztlich neurotischen Humanitarismus das Fremde über das Eigene, [...] man macht sich [...] zum Knecht von Einwanderern, um die man einen Willkommenskult zelebriert, obwohl sie ganz auf eigene Faust zu uns gekommen sind“ (Jessen/Mangold, Die Zeit, 09.06.2016).

Ein sprachgewandter Mann ist auch Alexander Gauland. „Wir müssen die Grenzen dichtmachen und dann die grausamen Bilder aushalten“, sagte Gauland im Februar 2016 dem „Zeit-Magazin“. „Wir können uns nicht von Kinderaugen erpressen lassen“, verkündete der damals 75-jährige, „man kann sich nicht einfach überrollen lassen. Einen Wasserrohrbruch dichten Sie auch ab.“ Auf die „Kinderaugen“, die als Instrument der Erpressung dargestellt werden, folgt nicht etwa die Klage, dass zu viele Menschen zu uns kämen, sondern Gauland wählt bewusst das Bild eines lästigen technischen Defekts.

*Die Sprache ist mehr als eine Summe von Bezeichnungen. Sie drückt das Verhältnis zur Welt und zu den Mitmenschen aus. Auch für Journalisten ist sie mehr als eine Technik.*

### 3 Schlussfolgerungen

Was ergibt sich nun für den Journalismus aus der Analyse und den daraus entwickelten „Handreichungen“?

Berichte über die AfD sollen präzise und zugleich einordnend sein, Kommentare klar und zugespitzt eine Meinung wiedergeben. Journalisten sollen die AfD – unabhängig von der jeweiligen politischen Konjunktur – beobachten und auch deren Theorie studieren.

Immer wieder neu mit den Rezipienten verhandelt wird dabei, wie politisch der politische Journalismus sein darf oder sein soll. Als Maxime wird häufig eine Äußerung des früheren Moderators der ARD-„Tagesthemen“, Hajo Friedrichs, zitiert, man dürfe sich „nicht gemein machen mit einer Sache, auch nicht einer guten“. Kurz vor seinem Tod im März 1995 wurde er von den Spiegel-Reportern Jürgen Leinemann und Cordt Schnibben gefragt: „Hat es Sie gestört, dass man als Nachrichtenmoderator ständig den Tod präsentieren muss?“ Darauf sprach er über das, was er bei der BBC gelernt hatte: „Distanz halten, sich nicht gemein machen mit einer Sache, auch nicht einer guten, nicht in öffentliche Betroffenheit versinken, im Umgang mit Katastrophen cool bleiben, ohne kalt zu sein.“ So lautete auch die Überschrift: „Cool bleiben, nicht kalt“. Diese Sätze können kaum als grundsätzliche Auffassung gelesen werden, Journalisten sollten sich aus den Händeln der Zeit heraushalten. Aus demonstrativer Betroffenheit aber besteht ihr Job ebenfalls nicht: Auch zu Protestbewegungen, Resolutionen oder Kampagnen sollten sie Distanz halten. Bevormundend wirkt engagier-

ter Journalismus immer dann, wenn er Sachverhalte bereits moralisierend beurteilt, bevor er sie beschreibt.

Natürlich darf und soll Journalismus sich jedoch an Werten orientieren. Ein solches ethisches Gerüst kann auf den Prinzipien beruhen: Alle Menschen sind gleich. Alle Menschen haben das Recht, ihre Interessen zu artikulieren.

Ein Journalist muss mit seinem Privileg, sich öffentlich äußern zu dürfen, besonders verantwortlich umgehen. Viele folgern daraus auch ein allgemeines Gebot der Toleranz. Was dies in Bezug auf die Haltung gegenüber Fremdem bedeutet, hat der polnisch-britische Soziologe Zygmunt Bauman einmal mit den Fremdwörtern „phagisch“ (verschlingen, verdauen) und „emisch“ (sich erbrechen) beschrieben (vgl. Bauman 1993). Weder solle man die Illusion hegen, man könne sich alles Fremde einfach einverleiben, also eine Assimilierung erzwingen, noch solle man es einfach von sich stoßen.

Wenn die eigene Freiheit die wichtigste Voraussetzung für einen gesellschaftlichen Diskurs ist, wird das besondere Engagement eines jeden Journalisten für eine bestimmte Freiheit allgemein akzeptiert sein – *nämlich der unbedingte Einsatz für die Pressefreiheit.*

Einzelne Medien können den Kanon ihrer Wertorientierung auch enger fassen und sich selbst damit als „Tendenzbetrieb“ definieren. Sie können dann festlegen, dass die Freundschaft zu Israel, das transatlantische Bündnis oder auch die Gewerkschaften von ihnen nicht grundsätzlich in Frage gestellt werden. Nur hat dies unbedingt öffentlich zu geschehen, damit jeder weiß, woran er ist.

*Das Eigene  
und das Fremde*

*Gezügelter Leidenschaft,  
klarer Verstand*

Journalisten tragen mit ihrer Arbeit zum rationalen Diskurs der Gesellschaft bei. Obgleich einem stets bewusst ist, dass die menschlichen Entscheidungen nicht ausschließlich von Rationalität geprägt sind, bleibt – das betont auch die Framing-Expertin Elisabeth Wehling – kein anderer Weg, als auf Fakten und deren argumentative Deutung zu setzen. Hajo Friedrichs' Wort ist dabei nicht weit entfernt von Walter Lippmanns Empfehlung, stets „mit gezügelter Leidenschaft und klarem Verstand“ vorzugehen.

Dabei heißt es, sich die eigene Redeweise, mit der man am gesellschaftlichen Gespräch teilnimmt, bewusst zu machen. Dies umfasst nicht nur den Inhalt des eigenen Argumentierens, sondern auch dessen Methode. Sie sollte sachbezogen sein und logisch. Mit Daniel-Pascal Zorn kann man sie die „Logik für Demokraten“ nennen. In einem solchen Diskurs soll jeder die Chance haben, den inhaltlichen Unterschied zu den anderen zu verstehen. Diese gesellschaftliche Selbstverständigung kennt nur eine Grenze, die aber absolut ist: nackte Gewalt bzw. deren sprachliche Androhung. Dagegen kann und darf der Journalist aufbegehren.

*Pressefreiheit und  
Pluralismus  
gehören zusammen*

Die Basis der Pressefreiheit ist der gesellschaftliche Pluralismus. Die große Vielfalt der Gesellschaft darf und soll sich auch in den Medien zeigen.

Vor dem Hintergrund, dass etwas passiert ist zwischen Rezipienten und Medien, dass Glaubwürdigkeit verloren geht und die Vorwürfe zunehmen, Journalismus und Politik bildeten eine Einheit, sollte man als Journalist mit Ges-

ten der Gemeinsamkeit vorsichtig umgehen. Dies gilt auch für Übergänge oder Wechsel von der einen Sphäre in die andere. Solche Wechsel sind generell keineswegs unüblich. Auch Egon Bahr war Journalist, Günter Gaus war Programmdirektor des SWF und Chefredakteur des Spiegel, bevor er erster ständiger Vertreter der Bundesrepublik in der DDR wurde. Selbst Willy Brandt kam aus dem Journalismus. Wenn die Rollen klar definiert sind, ist das kein Problem. Journalisten fordern, dass es „Abklingbecken“ oder „Rekonvaleszenzzeiten“ beim Wechsel zwischen Politik und Wirtschaft geben sollte. Das Gleiche sollte auch für den Übergang von der Politik in den Journalismus oder vom Journalismus in die Politik praktiziert werden. Die Zeiten jedenfalls sind so, dass es kontraproduktiv ist, auch nur den Anschein von Klüngelei zu erwecken.

*Das ist der Sinn der Pressefreiheit: Journalisten sollen sich nicht als Anpasser betätigen, sondern als Aufpasser.*

Hinsichtlich der Entwicklung der AfD sind Prognosen natürlich gewagt. Aber es gibt Plausibilitäten. Trotz ihrer vielen inneren Widersprüche wird die AfD aller Voraussicht nach im September 2017 in den Bundestag einziehen. Die Sehnsucht nach diesem Erfolg hält die Partei zusammen und bewahrt sie vorerst davor, sich selbst zu zerfleischen. Ihr Spitzenkandidat Alexander Gauland pflegt das innerparteiliche Bündnis von Rechtskonservativen und Völkisch-Nationalen. Er hält seine schützende Hand über den völkisch-nationalen Flügel, dessen Vertreter er als „National-Romantiker“



verharmlost. Deswegen ist die Partei zu keiner „Selbstreinigung“, also zu keiner klaren Abgrenzung von rechtsextremistischen Positionen, fähig.

Auch wenn ihr der Einzug in den Bundestag gelingen sollte, dürften die ganz großen Höhenflüge vorerst vorbei sein. Die AfD wird in der Bundesrepublik nicht in eine Größenordnung vorstoßen wie die FPÖ in Österreich, der Front National in Frankreich oder Geert Wilders in den Niederlanden. Dazu sind die großen Volksparteien (noch) zu stabil. Die AfD besetzt nur eine Außenseiterrolle, und es ist keineswegs ausgemacht, dass es erneut relevante Teile des konservativen Bürgertums geben wird, die im Krisenfall ihr Glück im Schoße eines völkisch definierten, autoritären Nationalismus suchen. Die AfD könnte sich aber als eine rechtskonservative Protestpartei auf niedrigem Niveau mit einigen regionalen Hochburgen stabilisieren.

Als Anti-Euro-Partei hatte sie sich gespalten und dann radikalisiert. Die sogenannte Flüchtlingskrise von 2015 fiel ihr als „Geschenk“ (Alexander Gauland) in den Schoß. An diesem Thema konnte sie sich wieder aufrichten. Dieses Thema bleibt ihr auch, es schwächt sich aber ab.

Neben etwas allgemeineren Appellen zum Thema „Sicherheit“ und einer konservativen „Familienpolitik“ ist für die AfD sicher der Islam ein bleibendes und einheitsstiftendes Thema. Als Anti-Islam-Partei will sie Aufmerksamkeit erregen. Allerdings drohen da sofort neue Widersprüche. Die Spitzenkandidatin Alice Weidel hat erklärt, für den Wahlkampf werde jeder

gebraucht und sie habe kein Problem damit, auch gemeinsam mit Björn Höcke Wahlkampf zu machen. Alice Weidel hält den Islam für nicht kompatibel mit dem Grundgesetz. Björn Höcke aber sieht vor allem die Gefahr, dass durch die Ablehnung des Islams indirekt eine individualistisch-hedonistische Lebensweise, also die „westliche Dekadenz“, verteidigt werden könnte. In einer Rede in Erfurt bekennt er: „Der Islam ist nicht mein Feind, unser größter Feind ist die Dekadenz“ (siehe Anhang, Videos). Und Martin Lichtmezs, Autor der Zeitschrift „Session“, formulierte es programmatisch so: „An Liberalismus gehen Völker zugrunde, nicht am Islam“ (Weiß 2017: 19). Auch dieses Thema wird das fragile innerparteiliche Bündnis also nicht dauerhaft stabilisieren.

Was heißt das alles für den Journalismus? Natürlich muss er souverän sein, präzise berichten und kenntnisreich kommentieren. Journalisten sollten sich auch theoretischer Lektüre widmen, um einen Begriff von der Partei zu bekommen, mit der sie sich befassen. Aber:

*Notwendig ist kein eigener, speziell auf die AfD zugeschnittener Journalismus. Vielmehr ist die AfD lediglich eine neue Herausforderung, um sich alte journalistische Tugenden und das klassische Handwerkzeug erneut vor Augen zu führen. Diesem Zweck dienen auch die „Handreichungen“. Sie sind kein Rezeptbuch, wollen aber zum Nachdenken vor redaktionellen Entscheidungen anregen. Bestenfalls regt die AfD an zur Re-Formation des Journalismus.*

## Anhang

### Literaturverzeichnis

Aufgeführt sind zitierte und weiterführende Texte.

#### Bücher und Fachpublikationen

Amann, Melanie (2017), *Angst für Deutschland*, München.

Arendt, Hannah (1986), *Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft*, München, Zürich.

Arlt, Hans-Jürgen/Storz, Wolfgang (2016), *Journalist oder Animator – ein Beruf im Umbruch*, Arbeitspapier 22, Otto Brenner Stiftung, Frankfurt/Main.

Balibar, Étienne/Wallerstein, Immanuel (1990), *Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten*, Hamburg.

Bender, Justus (2017), *Was will die AfD?*, München.

Bude, Heinz (2014), *Gesellschaft der Angst*, Hamburg.

Correctiv.org/Bensmann, Marcus u. a. (2017), *Schwarzbuch AfD. Fakten Figuren Hintergründe*, Essen.

Decker, Frank (Hg.) (2006), *Populismus*, Heidelberg.

Decker, Frank/Henningen, Bernd/Jakobsen, Kjell (Hg.) (2015), *Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa*, Baden-Baden.

Funke, Hajo (2016), *Von Wutbürgern und Brandstiftern: AfD – Pegida – Gewaltnetze*, Berlin, Brandenburg.

Gäbler, Bernd (2011), „... und unseren tägliche Talk gib uns heute“, Eine Studie der Otto Brenner Stiftung, Arbeitsheft 68, Frankfurt/Main.

Klemperer, Victor (2007), *LTI – Notizbuch eines Philologen*, Stuttgart.

Krüger, Uwe (2016), *Mainstream. Warum wir den Medien nicht mehr trauen*, München.

Luhmann, Niklas (1986), *Die Realität der Massenmedien*, 2. Aufl., Opladen.

Mudde, Cas/Kaltwasser, Christóbal Rovira (Hg.) (2013), *Populism in Europe and the Americas*, New York.

Müller, Jan-Werner (2016), *Was ist Populismus? Ein Essay*, Berlin.

Nachtwey, Oliver (2016), *Abstiegsgesellschaft*, edition suhrkamp 2682, Berlin.

Prantl, Heribert (2017), *Gebrauchsanweisung für Populisten*, Salzburg, München.

Priester, Karin (2007), *Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen*, Frankfurt/Main.

Sternberger, Dolf/Storz, Gerhard/Süskind, Wilhelm E. (1989), *Aus dem Wörterbuch des Unmenschen*, Frankfurt am Main.

Wehling, Elisabeth (2016), *Politisches Framing: Wie eine Nation sich ihr Denken einredet – und daraus Politik macht*, Köln.

Weiß, Volker (2017), *Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes*, Stuttgart.

Wildt, Michael (2017), *Volk, Volksgemeinschaft, AfD*, Hamburg.

Zorn, Daniel-Pascal (2017), „Logik für Demokraten: Eine Anleitung“, Stuttgart.

## Artikel, Interviews und Einzelkritiken

Amann, Melanie, AfD-Politiker Jens Maier – Verständnis für Massenmörder Breivik?, in: Spiegel Online, 20.04.2017.\*

Bauman, Zygmunt, Das Urteil von Nürnberg hat keinen Bestand. Rassismus, Antirassismus und moralischer Fortschritt, in: Das Argument, Nr. 200, Juli/August 1993.

Bender, Justus, „Ich frage mich, ob das noch die Partei ist, die ich gewollt habe“, Interview mit Konrad Adam, in: FAZ, 19.04.2017.

Bender, Justus, Auf die Holz Nase (Lachmann-Affäre), in: FAZ, 15.02.2016.

Bender, Justus, Besenstiele bleiben Besenstiele, in: FAZ, 05.04.2017.

Bender, Justus, Randolph, Landolf und der tote SS-Mann, in: FAZ, 10.06.2017.

Bender, Justus/Lohse, Eckart, Deutsche auf Bewährung, in: FAZ, 10.03.2017.

Bender, Justus/Lohse, Eckart, Die Titanic am Rhein, in: FAZ, 24.04.2017.

Bender, Justus/Soldt, Rüdiger, Im Eiferer-Modus gegen Juden (Wolfgang Gedeon), in: FAZ, 04.06.2016.

Bollmann, Ralph/Hank, Rainer, „Wir sollten öfter miteinander reden“. Erstmals treffen die Linke Sahra Wagenknecht und AfD-Chefin Frauke Petry im Interview aufeinander, in: FAS, 02.10.2016.

Bude, Heinz/Lantermann, Dieter, Besorgt, beleidigt, zurückgesetzt, in: Süddeutsche Zeitung, 23.12.2014.

Diehl, Paula, Einfach, emotional, dramatisch. Warum Rechtspopulisten so viel Anklang in den Massenmedien finden, in: Die Politische Meinung, Nr. 539, Juli/August 2016, S. 78-83.

Diehl, Paula, Populismus und Massenmedien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 5-6/2012.

Fleischhauer, Jan, AfD-Selbstversuch bei Facebook: Die Echokammer, in: Spiegel Online, 23.11.2016.\*

Fleischhauer, Jan, Seid Ihr Linke oder Mäuse? (Kolumne), in: Spiegel Online, 13.03.2017.\*

Gabriel, Sigmar, Welch hoffnungsloses Menschenbild (über Thilo Sarrazin), in: Die Zeit, 38/2010.

Gauss, Karl-Markus, Verlierer, in: Süddeutsche Zeitung, 06./07.05.2017.

Geis, Matthias, Populist mit Stil, in: Die Zeit, 27/2015.

Georgi, Oliver, Petry streicht Aussage zu Waffeneinsatz aus Interview, in: FAZ.net, 05.02.2016.\*

Groys, Boris, Lasst Euch nicht täuschen, in: Zeit Online, 14.01.2017.\*

Han, Byung-Chul, Sehnsucht nach dem Feind, in: Süddeutsche Zeitung, 17.12.2014.

Haupt, Friederike, „Fremd im eigenen Land“. Alexander Gauland wollte noch etwas loswerden, in: FAZ, 05.06.2016.

Henk, Malte, Wie ich auszog, die AfD zu verstehen, in: Die Zeit, 10.03.2016.

---

\* Die angegebenen Online-Quellen wurden zuletzt am 29.06.2017 überprüft. Die Abrufbarkeit nach diesem Datum kann von Autor und Stiftung nicht garantiert werden.

- Huber, Joachim, „Jeder findet eine Plattform für exklusiven Irrsinn“. Gespräch mit dem Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen, in: Tagesspiegel, 15.01.2015.
- Jacobsen, Nils, Conflict Zone: AfD-Chefin Frauke Petry wird im Deutsche Welle-Interview gegrillt, in: meedia.de, 28.03.2016.\*
- Jessen, Jens/Mangold, Ijoma, „Man macht sich zum Knecht“. Gespräch mit Marc Jongen, dem philosophischen Kopf der AfD, in: Die Zeit, 09.06.2016.
- Kemper, Andreas, Zur NS-Rhetorik des AfD-Politikers Björn Höcke, in: DISS-Journal, 32/2016.
- Köcher, Renate, Die AfD – Außenseiter mit Rückhalt, in: FAZ, 20.10.2016.
- Lange, Nico/Saetzler, Theresa, Die neue Partei „Alternative für Deutschland“. Entstehung, Programm und Bewertung. Eine Publikation der Konrad-Adenauer-Stiftung, 16.04.2013.
- Lau, Mariam, Leise rieselt die Macht, in: Die Zeit, 20.04.2017.
- Leggewie, Claus, Das Hochgefühl der grundsätzlichen Opposition, in: taz, 05.01.2015.
- Lepenies, Wolf, „Ich wünsche, ein Bürger zu sein“. Laudatio auf Navid Kermani zur Verleihung des Bürgerpreises der deutschen Zeitungen, Berlin, 08.03.2017.
- Lepenies, Wolf, Die Billigvariante der Demokratie, in: Süddeutsche Zeitung, 11.07.2003.
- Locke, Stefan, Frage der Mäßigung, in: FAZ, 25.01.2016.
- Lucke, Albrecht von, Der Triumph der AfD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, März 2016.
- Mach, Steffen/Senf, Walter, „Sie können es nicht lassen“, Interview Frauke Petry, in: Mannheimer Morgen, 30.01.2016.
- Martenstein, Harald, Grüne wählen? Ohne mich, in: Tagesspiegel, 27.04.2017.
- Meany, Thomas, The New Star of Germany's Far Right, in: The New Yorker, 03.10.2016.
- Meisner, Matthias, Ermittlungen gegen AfD-Richter eingestellt, in: Tagesspiegel, 13.02.2017.
- Mudde, Cas, The Populist Zeitgeist, in: Government and Opposition, 3/2004, S. 541-563.
- Neckel, Sighard, Aus Scham wird Rache, in: Süddeutsche Zeitung, 22.11.2016.
- Niehr, Thomas, Rechtspopulistische Lexik und die Grenzen des Sagbaren, in: <http://www.bpb.de/politik/rechtsextremismus/rechtspopulismus/240831/rechtspopulismus-grenze-des-sagbaren>, 16.01.2017.\*
- Nolte, Paul, Die Chamäleonpartei, in: Tagesspiegel, 03.04.2016.
- o. V., AfD-Abgeordneter Sebastian Wippel sorgt für Eklat, Spiegel Online, 31.08.2016.\*
- o. V., AfD-Vorsitzende fordert Festnahme deutscher Salafisten, dpa, 22.09.2015.
- o. V., Erschreckende Töne, in: Bonner Generalanzeiger, 26.02.2017.
- o. V., Zentralrat der Juden sieht AfD auf dem Weg in den Rechtsextremismus, in: Die Welt, 23.04.2017.
- o.V., „Dämonenhaft schön“ – Frauke-Petry-Interview sorgt für Unmut in der Bunte-Redaktion, in: <http://meedia.de/2016/03/24/daemonenhaft-schoen-frauke-petry-interview-sorgt-fuer-unmut-in-der-bunte-redaktion/>; 24.03.2016.\*

- Osang, Alexander, Der ewige Flüchtling (Porträt Frauke Petry), in: Der Spiegel, Nr. 15, 08.04.2017, S. 50-56.
- Pergande, Frank, Wahlsieger. Leif-Erik Holm, in: FAZ, 05.09.2016.
- Pörksen, Bernhard, Volle Ladung Hass, in: Die Zeit, 44/2014.
- Poschardt, Ulf, Diese Wahlen sind ein Grund, stolz zu sein, in: Die Welt, 12.05.2017.
- Priester, Karin, Das Syndrom des Populismus, in: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/240833/das-syndrom-des-populismus>, 16.01.2017.\*
- Priester, Karin, Wesensmerkmale des Populismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 5-6/2012.
- Seibt, Gustav, Sprengstoff, in: Süddeutsche Zeitung, 04./05.05.2016.
- Seidl, Claudius, Integriert Euch selber!, in: FAS, 23.12.2015.
- Serrao, Marc Felix, Alternative zu Höcke (Alice Weidel), in: FAS, 26.02.2017.
- Serrao, Marc Felix, Die ängstliche Mitte, in: FAS, 19.03.2017.
- Steinfeld, Thomas, Der hilflos Anti-Populismus, in: Süddeutsche Zeitung, 11.07.2016.
- Steinkuhl, Hendrik, „Ein richtiger Loser-Vorname“: AfD-Politiker „Bernd“ Höcke wird zum Running-Gag der Medien, in: meedia.de, 23.03.2017.\*
- Stölzl, Christoph, Erst wir, jetzt sie, in: Cicero, Oktober 2015, S. 17-25.
- Tusch, Robert, ‚Krasses Missverhältnis‘: SPD-Politiker kritisiert Themensetzung der Polit-Talkshows von ARD und ZDF, in: meedia.de, 29.03.2017.\*
- Wallasch, Alexander, „Der Herr dient sich der Dame an“, Interview mit Michael Klonovsky, in: taz, 01.05.2016.
- Wehling, Elisabeth, Das moralische Bauchgefühl (Interview), in: Süddeutsche Zeitung, 31.12.2016/01.01.2017.
- Wehner, Markus, Die drei Leben des Alexander Gauland, in: FAS, 22.02.2015.
- Winterbauer, Stefan, Wie das Recherchebüro Correctiv das Sexleben einer AfD-Politikerin enthüllte und sich einen Shitstorm fing, in: meedia.de, 03.05.2017.\*
- Zastrow, Volker, Die neue völkische Bewegung, in: FAS, 29.11.2015.
- Zorn, Daniel-Pascal, Anspruch verpflichtet, in: Zeit Online, 12.01.2017.\*

## Videos

Markus Frohmaier auf einer AfD-Kundgebung in Erfurt

<https://www.youtube.com/watch?v=6znCu1VMr5Q>.\*

Günter Gaus, Zur Person, mit der Philosophin Hannah Arendt

<https://www.youtube.com/watch?v=J9SyTEUi6Kw>.\*

Günter Gaus, Zu Protokoll, mit Rudi Dutschke

<https://www.youtube.com/watch?v=U6X-ZeYC54E>.\*

Björn Höcke am 18. Mai 2016 in Erfurt

<https://www.youtube.com/watch?v=pNiievqrd>.\*

Stephan Lamby interviewt Frauke Petry

<http://dbate.de/videos/frauke-petry-afd-interview-machtkampf-medien/>.\*

Stephan Lamby, Nervöse Republik, Dokumentarfilm in der ARD, 19.04.2017, 22.45–23.30 Uhr.

<http://www.ardmediathek.de/tv/Reportage-Dokumentation/>\*

Maischberger, Wutbürger oder Gutmenschen?, Sendung vom 14. Dezember 2016

<https://www.youtube.com/watch?v=fX7VW3RJVwg>.\*

Monitor, Höckes Reden – Goebbels' Sound?, Beitrag vom 22.10.2015

<https://www.youtube.com/watch?v=H5cyHxfzKDM>.\*

Tim Sebastian, ConflictZone: Interview mit Frauke Petry

<https://www.youtube.com/watch?v=vxHBgkIaQug>.\*

Alice Weidel von der AfD klärt die dummen Hühner von Rot-Grün über die Sharia auf

<https://www.youtube.com/watch?v=vxzixjHxorU&list=PLcODM1KGIHdQE85NMm13wy5-nuTH5Bool>.\*

## Quellen

AfD – Grundsatzprogramm 2016

[https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/01/2016-06-27\\_afd-grundsatzprogramm\\_web-version.pdf](https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/01/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf).\*

AfD – Manifest 2017: Dem Volk die Staatsgewalt zurückgeben, Die Strategie für das Wahljahr 2017, Bundesvorstand GP/RE 2016-12-22, 33 Seiten.

## Hinweise zum Autor

Prof. Bernd Gäbler, geboren 1953, arbeitet als Publizist und Professor für Journalistik.

Berufliche Stationen: Studium der Soziologie, Politologie, Geschichte und Pädagogik in Marburg und Bonn, anschließend unterschiedliche journalistische Tätigkeiten bei Printmedien (u. a. Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, taz); Wechsel zum Fernsehen, u. a.: „ZAK“ (WDR), „Dienstag – das starke Stück der Woche“, „3, 2, 1“ (HR), „Schreinemakers live“ (Sat.1), „Sports-TV“ (VOX), „Presseclub“ (ARD).

- 1997-2001 Leiter des Medienressorts der Zeitung „Die Woche“.
- 2001-2005 Geschäftsführer des Grimme-Instituts in Marl.
- Seit 2005 freier Publizist (insbesondere: stern.de, Tagesspiegel, radio eins) und Dozent für Journalistik an der FHM Bielefeld.
- 2011 Berufung zum Honorarprofessor.



## Arbeitspapiere der Otto Brenner Stiftung

Die Ergebnisse von Kurzstudien veröffentlichen wir online in der OBS-Reihe „Arbeitspapiere“. Infos und Download: [www.otto-brenner-stiftung.de](http://www.otto-brenner-stiftung.de)

- Nr. 25 Unterhaltung aus Bayern, Klatsch aus Hessen? Eine Programmanalyse von BR und hr (Eva Spittka, Matthias Wagner, Anne Beier)
- Nr. 24 #Mythos Twitter – Chancen und Grenzen eines sozialen Mediums (Mathias König, Wolfgang König)
- Nr. 23 Informationsfreiheit – Mehr Transparenz für mehr Demokratie (Arne Semsrott)
- Nr. 22 Journalist oder Animator – ein Beruf im Umbruch. Thesen, Analysen und Materialien zur Journalismusdebatte (Hans-Jürgen Arlt, Wolfgang Storz)
- Nr. 21 Ausverkauf des Journalismus? – Medienverlage und Lobbyorganisationen als Kooperationspartner (Marvin Oppong)
- Nr. 20 Die AfD vor den Landtagswahlen 2016 – Programme, Profile und Potenziale (Alexander Hensel, Lars Geiges, Robert Pausch und Julika Förster)
- Nr. 19 Bürgerbeteiligung im Fernsehen – Town Hall Meetings als neues TV-Format? (Nils Heisterhagen)
- Nr. 18 „Querfront“ – Karriere eines politisch-publizistischen Netzwerks (Wolfgang Storz)
- Nr. 17 Information oder Unterhaltung? – Eine Programmanalyse von WDR und MDR (Joachim Trebbe, Anne Beier und Matthias Wagner)
- Nr. 16 Politische Beteiligung: Lage und Trends (Rudolf Speth)
- Nr. 15 Der junge Osten: Aktiv und Selbstständig – Engagement Jugendlicher in Ostdeutschland (Jochen Roose)
- Nr. 14 Wettbewerbspopulismus – Die Alternative für Deutschland und die Rolle der Ökonomen (David Bebnowski und Lisa Julika Förster)
- Nr. 13 Aufstocker im Bundestag – Nebeneinkünfte und Nebentätigkeiten der Abgeordneten zu Beginn der 18. Wahlperiode (Herbert Hönigsberger)
- Nr. 12 Zwischen Boulevard und Ratgeber-TV. Eine vergleichende Programmanalyse von SWR und NDR (Joachim Trebbe)
- Nr. 11 Die sechste Fraktion. Nebenverdiener im Deutschen Bundestag (Herbert Hönigsberger)
- Nr. 10 Chancen der Photovoltaik-Industrie in Deutschland (Armin Räuber, Werner Warmuth, Johannes Farian)
- Nr. 9 Logistik- und Entwicklungsdienstleister in der deutschen Automobilindustrie – Neue Herausforderungen für die Gestaltung der Arbeitsbeziehungen (Heinz-Rudolf Meißner)
- Nr. 8 Wirtschaftsförderung und Gute Arbeit – Neue Herausforderungen und Handlungsansätze (Martin Grundmann und Susanne Voss unter Mitarbeit von Frank Gerlach)
- Nr. 7 Wahlkampf im medialen Tunnel – Trends vor der Bundestagswahl 2013 (Thomas Leif und Gerd Mielke)
- Nr. 6 Wer sind die 99%? Eine empirische Analyse der Occupy-Protteste (Ulrich Brinkmann u. a.)
- Nr. 5 Wie sozial sind die Piraten? (Herbert Hönigsberger und Sven Osterberg)
- Nr. 4 Solarindustrie: Photovoltaik. Boom – Krise – Potentiale – Fallbeispiele (Ulrich Bochum/Heinz-Rudolf Meißner)
- Nr. 3 Gewerkschaftliche Netzwerke stärken und ausbauen (Anton Wundrak)
- Nr. 2 Werkverträge in der Arbeitswelt (Andreas Koch)
- Nr. 1 Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland (Sebastian Bödeker)

## Die Otto Brenner Stiftung ...

... ist die gemeinnützige Wissenschaftsstiftung der IG Metall. Sie hat ihren Sitz in Frankfurt am Main. Als Forum für gesellschaftliche Diskurse und Einrichtung der Forschungsförderung ist sie dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet. Besonderes Augenmerk gilt dabei dem Ausgleich zwischen Ost und West.

... initiiert den gesellschaftlichen Dialog durch Veranstaltungen, Workshops und Kooperationsveranstaltungen (z. B. im Herbst die OBS-Jahrestagungen), organisiert internationale Konferenzen (Mittel-Ost-Europa-Tagungen im Frühjahr), lobt jährlich den „Brenner-Preis für kritischen Journalismus“ aus, fördert wissenschaftliche Untersuchungen zu sozialen, arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitischen Themen, vergibt Kurzstudien und legt aktuelle Analysen vor.

... macht die Ergebnisse der Projekte öffentlich zugänglich.

... veröffentlicht die Ergebnisse ihrer Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“ oder als Arbeitspapiere (nur online). Die Arbeitshefte werden, wie auch alle anderen Publikationen der OBS, kostenlos abgegeben. Über die Homepage der Stiftung können sie auch elektronisch bestellt werden. Vergriffene Hefte halten wir als PDF zum Download bereit.

... freut sich über jede ideelle Unterstützung ihrer Arbeit. Aber wir sind auch sehr dankbar, wenn die Arbeit der OBS materiell gefördert wird.

... ist zuletzt durch Bescheid des Finanzamtes Frankfurt am Main V (-Höchst) vom 9. April 2015 als ausschließlich und unmittelbar gemeinnützig anerkannt worden. Aufgrund der Gemeinnützigkeit der Otto Brenner Stiftung sind Spenden steuerlich absetzbar bzw. begünstigt.

## Unterstützen Sie unsere Arbeit, z. B. durch eine zweckgebundene Spende

Spenden erfolgen nicht in den Vermögensstock der Stiftung, sie werden ausschließlich und zeitnah für die Durchführung der Projekte entsprechend dem Verwendungszweck genutzt.

### Bitte nutzen Sie folgende Spendenkonten:

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zum Schwerpunkt:

- Förderung der internationalen Gesinnung und des Völkerverständigungsgedankens

Bank:	HELABA Frankfurt/Main
IBAN:	DE11 5005 0000 0090 5460 03
BIC:	HELA DE FF

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zu den Schwerpunkten:

- Angleichung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland (einschließlich des Umweltschutzes)
- Entwicklung demokratischer Arbeitsbeziehungen in Mittel- und Osteuropa
- Verfolgung des Zieles der sozialen Gerechtigkeit

Bank:	HELABA Frankfurt/Main
IBAN:	DE86 5005 0000 0090 5460 11
BIC:	HELA DE FF

Geben Sie bitte Ihre vollständige Adresse auf dem Überweisungsträger an, damit wir Ihnen nach Eingang der Spende eine Spendenbescheinigung zusenden können. Oder bitten Sie in einem kurzen Schreiben an die Stiftung unter Angabe der Zahlungsmodalitäten um eine Spendenbescheinigung. Verwaltungsrat und Geschäftsführung der Otto Brenner Stiftung danken für die finanzielle Unterstützung und versichern, dass die Spenden ausschließlich für den gewünschten Verwendungszweck genutzt werden.

## Aktuelle Ergebnisse der Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“

- **OBS-Arbeitsheft 91**  
Alexander Hensel, Florian Finkbeiner u. a.  
**Die AfD vor der Bundestagswahl 2017**  
Vom Protest zur parlamentarischen Opposition
- **OBS-Arbeitsheft 90**  
Hans-Jürgen Arlt, Martin Kempe, Sven Osterberg  
**Die Zukunft der Arbeit als öffentliches Thema**  
Presseberichterstattung zwischen Mainstream und blinden Flecken
- **OBS-Arbeitsheft 89**  
Christina Köhler, Pablo Jost  
**Tarifkonflikte in den Medien**  
Was prägt die Berichterstattung über Arbeitskämpfe?
- **OBS-Arbeitsheft 88\***  
Bernd Gäbler  
**Quatsch oder Aufklärung?**  
Witz und Politik in heute show und Co.
- **OBS-Arbeitsheft 87\***  
Kim Otto, Andreas Köhler, Kristin Baars  
**„Die Griechen provozieren!“**  
Die öffentlich-rechtliche Berichterstattung über die griechische Staatsschuldenkrise
- **OBS-Arbeitsheft 86\***  
Lutz Frühbrodt  
**Content Marketing**  
Wie „Unternehmensjournalisten“ die öffentliche Meinung beeinflussen
- **OBS-Arbeitsheft 85\***  
Sabine Ferenschild, Julia Schniewind  
**Folgen des Freihandels**  
Das Ende des Welttextilabkommens und die Auswirkungen auf die Beschäftigten
- **OBS-Arbeitsheft 84\***  
Fritz Wolf  
**„Wir sind das Publikum!“**  
Autoritätsverlust der Medien und Zwang zum Dialog
- **OBS-Arbeitsheft 83**  
Thomas Goes, Stefan Schmalz, Marcel Thiel, Klaus Dörre  
**Gewerkschaften im Aufwind?**  
Stärkung gewerkschaftlicher Organisationsmacht in Ostdeutschland
- **OBS-Arbeitsheft 82**  
Silke Röbenack, Ingrid Artus  
**Betriebsräte im Aufbruch?**  
Vitalisierung betrieblicher Mitbestimmung in Ostdeutschland
- **OBS-Arbeitsheft 81\***  
Bernd Gäbler  
**„... den Mächtigen unbequem sein“**  
Anspruch und Wirklichkeit der TV-Politikmagazine

\* Printfassung leider vergriffen; Download weiterhin möglich.

**OBS**-Arbeitsheft 92

**AfD und Medien**

[www.otto-brenner-stiftung.de](http://www.otto-brenner-stiftung.de)